

Stationen

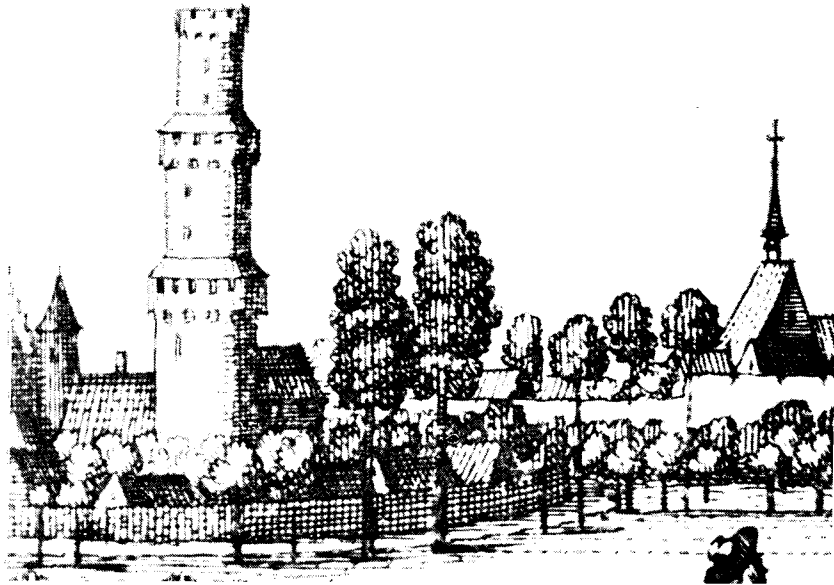
oder

„Von den Wechselfällen in der Geschichte des Kreises Dinslaken“

Von Willi Dittgen

Der erste Kreis Dinslaken, Baujahr 1816, lebte nur ganze sieben Jahre. 1909 ist er zum 2. Mal ins Leben gerufen worden. Und wer jetzt schnell nachrechnet, stellt fest, daß dieser Kreis 65 Jahre alt wurde, also gerade das „pensionsfähige“ Alter erreicht hat, das man berufstätigen Menschen zugesteht. Aber dieser fünfundsechzigjährige Kreis ist längst kein Greis, sondern immer noch Wirtschaftsraum mit Zukunft. Doch es ist müßig jetzt, nachdem der Zug bereits abgefahren ist, darüber tief-schürfende Betrachtungen anzustellen. Fehler und Vorzüge der Neuordnung wird erst der Historiker feststellen können, vielleicht in 10 oder 20 Jahren, wenn die nächste Gebietsreform ansteht.

Jede Geschichte hat eine Vorgeschichte. Und wenn über die Jahre berichtet werden soll, die der Kreis Dinslaken durchgestanden hat, dann müssen zuvor kurz auch die Stadien beleuchtet werden, die der Gründung des Kreises Dinslaken vorausgingen. Dinslaken war im Laufe der Jahrhunderte häufig Verwaltungsmittelpunkt eines größeren oder kleineren Gebietes am rechten Niederrhein. Dafür sorgten die Witwen der klevischen Herzöge, die Drostsen und die Rentmeister auf der alten Burg, in die zum guten Schluß, als diese Repräsentanten der Feudalzeit verschwunden waren, folgerichtig die Kreisverwaltung einzog.



Um 1600: Das Kastell.

1310:

Das Land Dinslaken

Am Anfang war Mathilde. Diese war die Frau des Grafen Otto von Kleve. Für den Fall seines Todes hatte er ihr vorsorglich Stadt und Burg Dinslaken mit einigen benachbarten Gerichten verschrieben. Das war eine gute auskömmliche Rente. Aber die Klever konnten es sich ja leisten. Der Ernstfall, der Tod Ottos, trat 1310 ein. Witwe Mathilde sattelte das Maultier, verließ die Schwanenburg und zog über den Rhein nach Dinslaken. Sie begann gleich, sich häuslich und geschäftlich einzurichten. Sie nannte sich „domina“, Herrin von Dinslaken und engagierte sich einen Amtmann, der nicht nur für Recht und Ordnung sorgte sondern auch darauf sah, daß die Kasse stimmte. Jetzt tauchte auch zum ersten Mal der Begriff des „Landes Dinslaken“ auf, ohne daß dessen Grenzen näher angegeben wurden. Jedenfalls scheinen damals die territorialen Verhältnisse noch im Fluß gewesen zu sein. Im Jahre 1339 fielen Burg, Stadt und Land Dinslaken wieder an den Grafen von Kleve, der sich dann der Amtmänner und Drost bediente,

das rechtsrheinische Gebiet zu verwalten. Zeitweise gehörten zu den „landen van Dynslaken“ fast sämtliche klevischen Gebiete auf dem rechten Rheinufer, zwischen Rees und Duisburg. Seit dem 15. Jahrhundert residierte der Drost auf Haus Schermbeck, während die Dinslakener Burg dem Rentmeister für die Domänenverwaltung überlassen blieb.

Als Kleve später, 1614, an Brandenburg fiel, blieben die alten Verwaltungsbezirke zunächst bestehen. Der klevische Landesteil bestand damals aus 30 Ämtern und 27 Herrlichkeiten. Unter Friedrich-Wilhelm I. wurde die Landesverwaltung durch die Einführung der Kriegs- und Domänenkammer in Kleve neuorientiert. Friedrich II. hob 1753 die alte Gliederung auf und teilte das Land in drei Kreise auf, Kleve, Emmerich und Wesel, über die Landräte nach dem Muster der östlichen Provinzen gesetzt wurden. Die Landräte verwalteten aber nur, wie der Name sagt, die ländlichen Distrikte. Die Städte bildeten steuerrätliche Kreise. Dinslaken als Stadt gehörte zum steuerrätlichen Kreis ostseits des Rheins und bildete selbst einen sogenannten Rezepturbezirk. Es hatte also ein eigenes „Finanzamt“. Außerdem bestand weiterhin noch die aus der klevischen Zeit beibehaltene Rentei, die die Domänen verwaltete und die sich als eine der letzten im Düsseldorfer Bezirk bis weit ins 19. Jahrhundert hinein erhielt.

1805:

Der Kanton Dinslaken

Napoleon war bekanntlich an allem schuld. Jedenfalls zu seiner Zeit. Der Schriftführer der Dinslakener Jodokus-Schützengilde schrieb ins Protokollbuch unter dem 4. Mai 1806:



„Im Jahre nach der gnadenreichen Geburt unseres Herren und Heilandes Jesu Christi, 1806, da die Veränderung geschah, daß, indem wir unter der Krone und glorreichen Regierung Sr. Königlichen Majestät von Preußen zufrieden gelebt hatten, am 23ten Merz einen neuen Landesfürsten bekommen, Namens Sr. Majestät Hoheit den Prinzen Joachim der Erst, Schwager Sr. Majestät Kaiser von Frankreich, Namens Napoleon der Erst . . . “ usw.

Der Chronist hat sicher, als er den Federkiel spitzte, ein betrübtes Gesicht gemacht. Mit „Liberté, égalité, fraternité“, Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit konnte er nichts anfangen. Und überhaupt, der Wind kam aus dem Westen. 1795 überschritten die Franzosen bei Duisburg den Rhein und besetzten auch Dinslaken. Im Frieden von Luneville (1801) wurde das linksrheinische Gebiet an Frankreich abgetreten. Später, im Vertrag von Schönbrunn (1805), erhielt Napoleon auch den rechtsrheinischen Teil und damit auch Dinslaken. Dieses Gebiet wurde dem neugebildeten Großherzogtum Berg einverleibt, das Napoleon seinem Schwager Joachim Murat übertrug. Dieser hielt es als Reitergeneral nicht lange im Amte. Napoleon machte ihn zum König von Neapel und übertrug das Großherzogtum seinem dreijährigen Neffen, für den er selbst die Regentschaft übernahm. Graf Beugnot wurde als kaiserlicher Regierungskommissar an den Rhein geschickt. Seine Bibel war der „Code Napoleon“, ein Gesetzbuch, das für die einheimische Bevölkerung am Niederrhein manchen Fortschritt brachte.

Die Verwaltung wurde nach französischem Vorbild umgestaltet. Das Großherzogtum wurde in vier Departements eingeteilt: Rhein, Sieg, Ruhr und Ems. Verwaltungschefs waren Präfekten. Unterpräfekten verwalteten die Bezirke, die jetzt Arrondissements hießen. Dinslaken gehörte zum Arrondissement Essen, im Departement Rhein und bildete mit seinem Umland einen Kanton. Die alten Bürgermeistereien wurden zu Mairien. Personell blieb alles beim Alten. So großzügig waren die Franzosen. Ungemütlich wurden sie nur, als Napoleon immer mehr Soldaten für seine Kriegszüge brauchte, und die Dinslakener jungen Männer sich vor der Rekrutierung heimlich absetzten.

Da es ländlichen Bezirken nicht immer möglich war, geeignete Persönlichkeiten für die Führung der Verwaltungsgeschäfte zu finden, wurden benachbarte Gemeinden oft zu einer Mairie vereinigt. In dieser Vereinigung mehrerer Gemeinden liegt der Ursprung der sogenannten Samtgemeinden. So wurden auch die Stadtgemeinde Dinslaken und die Landgemeinden Hiesfeld, Walsum und Hamborn zur Mairie (Bürgermeisterei) Dinslaken zusammengefaßt.



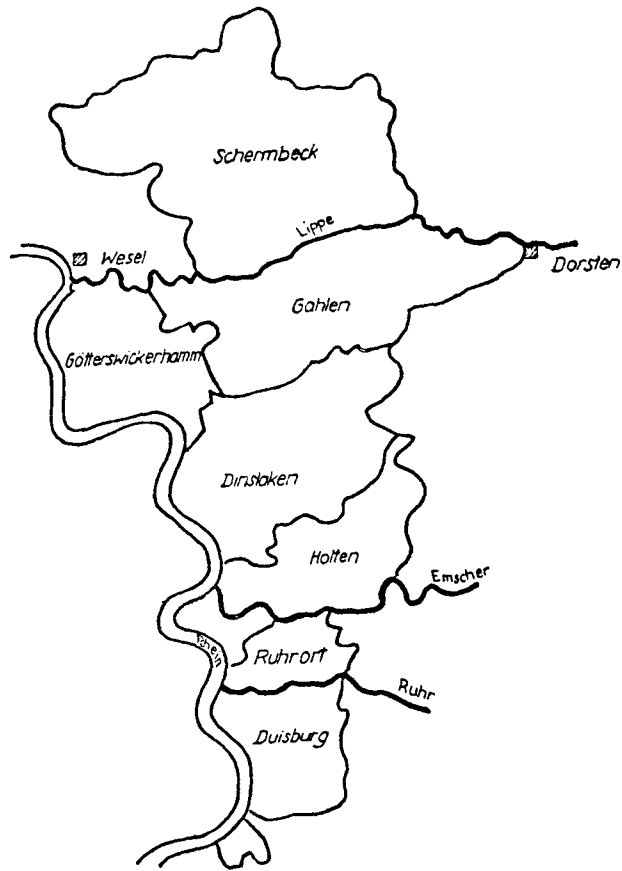
Friedrich Wilhelm III.

1816:

Kreis Dinslaken Nr. 1

Der Wiener Kongreß hat nicht nur getanzt, er hat auch den ersten Kreis Dinslaken auf dem Gewissen. Als nach der Schlacht bei Leipzig die Heere Napoleons über den Rhein flüchteten, folgten die Truppen der Verbündeten. Bereits im November 1813 wurde das rechtsrheinische Gebiet von preußischen Truppen besetzt. Nur in Wesel behaupteten sich die Franzosen bis zum Mai 1814. Es wurde eine vorläufige Regierung eingesetzt. Die Entscheidung fiel auf dem Wiener Kongreß, der das niederrheinische Gebiet dem alten Besitzer Preußen zuwies. Von Wien erließ Friedrich Wilhelm III. am 5. April 1815 zwei Besitzergreifungspatente, in denen auch der Kanton Dinslaken genannt wird.

Durch eine Verordnung des Königs vom 30. April 1815 wurde Preußen neu eingeteilt. Die Besitzungen am Rhein gliederte man in zwei Provinzen: Niederrhein (Hauptstadt Koblenz) und Jülich-Kleve-Berg (Hauptstadt Köln). Die zuletzt genannte Provinz bestand aus den Regierungsbezirken Köln, Aachen und Kleve. Auf Grund einer Bekanntmachung



der Königlichen Regierung zu Kleve vom 23. April 1816 wurde der Bezirk in sechs Kreise geteilt: Rees, Kleve, Geldern, Rheinberg, Kempen und Dinslaken.

„Der Kreis Dinslaken schließt in sich die Cantons Dinslaken und Duisburg, die Bürgermeisterei Schermbeck von dem Canton Ringenberg und von dem bisherigen Festungs-Bezirke von Wesel den auf dem linken Ufer der Lippe belegenen Theil.“ So war zu lesen.

Die Verwaltung der bis zu mehrerer Erfahrung über die Zweckmäßigkeit der neuen Kreis-Eintheilung vorläufig bestimmten landrätlichen Ämter, ist nachbenannten Beamten unter der Benennung von Kreis-Commissarien übertragen, und umfasst folgende bisherige Cantons und von diesen getrennte Bürgermeistereien:

1. Dinslaker-Kreis — Kreis-Stadt Dinslaken —

enthält die Cantons Dinslaken und Duisburg, vom Canton Ringenberg die Bürgermeisterei Schermbeck, von dem bisherigen Festungs-Bezirke von Wesel, den auf dem linken Ufer der Lippe belegenen Theil.

Kreis-Commissarius ist der Herr Geheime Kriegs- und vormalige Land-Rath von Buggenhagen auf Baerenkamp.

2. Reeser-Kreis — Kreis-Stadt Rees —

schließt in sich die Cantons Emmerich und Rees, vom Canton Ringenberg die Bürgermeisterei dieses Namens, ferner die Stadt und Festung Wesel, nebst dem bisherigen Festungsbezirke auf dem rechten Ufer der Lippe, auch den Brückenkopf auf dem linken Rhein-Ufer, und bis zur Uebergabe der Enklaven an das Königreich der Niederlanden, den Canton Sevenar.

Kreis-Commissarius ist der Herr Staats-Rath Graf von Borcke auf Hueth.

Auch 1816 wurde der Landrat (wie 1975) erst „Kreis-Commissarius“.
(Aus dem Amtsblatt der Kgl. Regierung zu Cleve 1816).

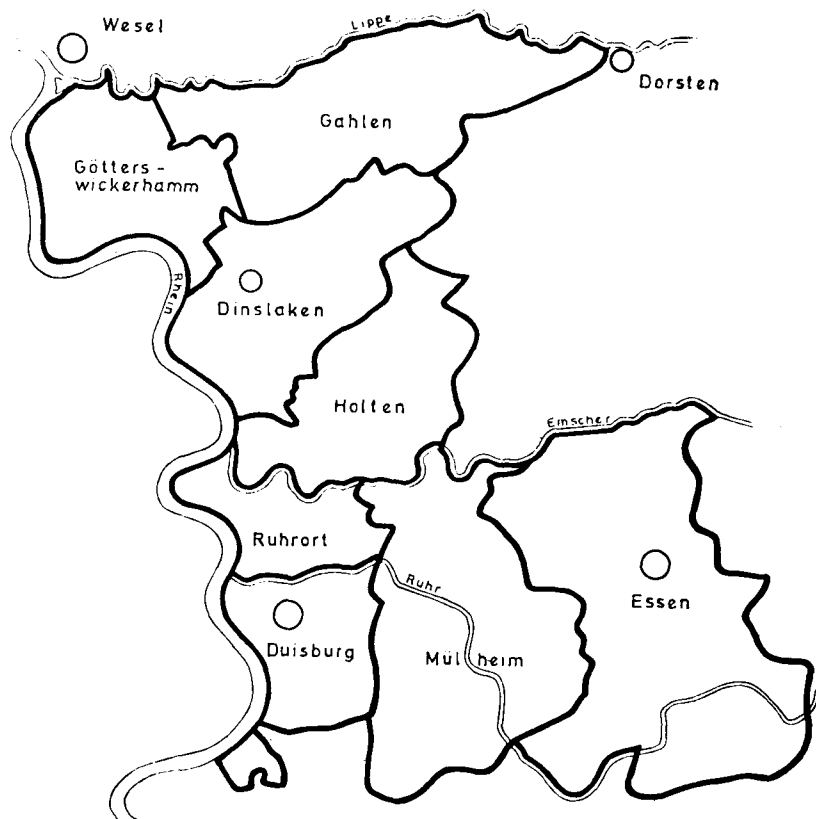
Zu diesem ersten Kreis Dinslaken gehörten also Dinslaken Stadt und Land (mit Walsum und Hiesfeld), die Bürgermeisterei Götterswickerhamm (mit Götterswickerhamm, Mehrum, Löhnen, Möllen, Spellen und Voerde), die Bürgermeisterei Holten (mit Stadt Holten, Amt Beeck, Hamborn, Sterkrade, Oberhausen), die Bürgermeisterei Gahlen (im Umfang des Amtes), die Bürgermeisterei Schermbeck und die Bürgermeisterei Duisburg. Dieser Kreis hatte 25.080 Einwohner („ausschließlich des Militärs und der Gendarmerie“). Dinslaken war damals der am dünnsten besiedelte Kreis im Regierungsbezirk Kleve.

Erster Landrat des Kreises Dinslaken Nr. 1 war der Geheime Kriegsrat Julius von Buggenhagen, der auf Haus Bärenkamp wohnte. Bürgermeister von Dinslaken war Noot, in Götterswickerhamm saß Herr de Brauin und in Gahlen der Bürgermeister Schmidt. Kreis-Physikus war Dr. Böing und Chirurgus Herr de Leuw. Erster Verwaltungsbeamter war der Kreis-Sekretär Coutelle, während auf dem alten Kastell der Domänen-Rentmeister Althoff residierte. Dinslaken hatte damals 2.620 Einwohner, Walsum 1.017, die Bürgermeisterei Götterswickerhamm (heute Gemeinde Voerde) 2.888 und das Amt Gahlen 2.851 Einwohner.

1823:

Im Kreis Duisburg

Lang hat er nicht gelebt, dieser Kreis Dinslaken. Ganze sieben Jahre haben sich von Buggenhagen und seine Beamten mit der Misere der Kriegsfolgen und der Steuerlasten herumgeschlagen. Und schon stand eine Gebietsreform vor der Tür, mit preußischer Gründlichkeit vorbereitet.



Der Kreis Duisburg wurde 1823 in folgende Bürgermeistereien eingeteilt:
Duisburg (7.293 Einwohner), Altenessen (3.639 E.), Borbeck (4.693 E.), Dinslaken (4.196 E.), Essen (5.463 E.), Gahlen (3.216 E.), Götterswickerhamm (3.078 E.), Holten (5.240 E.), Kettwig (5.228 E.), Mülheim (18.187 E.), Ruhrort (4.391 E.), Steele (4.426 E.), Werden (6.317 E.).
In der Zeichnung ist der Raum Essen nicht unterteilt.

Die Teilung der Rheinlande in zwei Provinzen hatte sich nicht bewährt, sodaß man nach dem Tode des einen Oberpräsidenten im Jahre 1822 beide Gebiete zur größeren Rheinprovinz vereinigte. Zur gleichen Zeit war die Regierung in Kleve aufgelöst und mit der Düsseldorfer Regierung zusammengelegt worden. Da in diesem Jahre die Neigung zu stärkerer Zusammenfassung der Verwaltungsbezirke bestand, ging man auch an eine neue Kreiseinteilung. Durch eine Kabinettsorder vom 27. September 1823 wurden die Kreise Dinslaken und Essen zum neuen und größeren Kreis Duisburg zusammengeschlossen. Bei dieser Gelegenheit kam die Bürgermeisterei Schermbeck zum Kreis Rees.

Diese kommunale Neuordnung hatte den großräumigen Zuschnitt, von dem unsere Planungsstrategen heute nur träumen. Der neue Kreis reichte von Essen-Steele bis Wesel, von der Ruhr bis zur Lippe.

Erster Landrat dieses Großkreises war der Freiherr von Buggenhagen, der bisher den Kreis Dinslaken betreut hatte. Der Dinslakener Anteil des neuen Kreises war nicht besonders attraktiv. Nur in der Landwirtschaft, in der Viehzucht, konnte der Dinslakener Raum einiges auf die Beine stellen. Im Süden des Kreises, vor allem im Raum Essen, gab es wichtige Steinkohlegruben, „welche nicht nur den Beteiligten eine reiche Ausbeute, sondern auch einer großen Menge von Menschen Arbeit und Verdienst gewähren“. Zu Anfang des Jahres 1832 gab es dort 53 in Betrieb stehende Zechen. Weiter heißt es: „In dem nördlichen Teile des Kreises, namentlich in den Bürgermeistereien Holten, Dinslaken und Götterswickerhamm wird Eisenstein gewonnen und auf der Gute-Hoffnungs-Hütte zu Sterkrade verschmolzen und verarbeitet. Der Ertrag ist auf jährlich 90.000 bis 100.000 Zentner zu veranschlagen.“

Über den Hünxer-Wald wird vermerkt, daß sich „außer dem kleinen Wildpret auch Rot- und Schwarzwild“ dort aufhält. Und von den Flüssen wird gesagt: „Die Fischerei in den vorhandenen Flüssen und Nebengewässern liefert reichen Ertrag.“ Das galt vor allem von der Emscher. Die Lippe wurde noch mit Schiffen befahren.

Duisburg, die Kreisstadt, hatte 7.329 und Dinslaken 1.590 Einwohner (mit 215 Häusern). Von den 75.400 Einwohnern des Kreises Duisburg wohnten nur 8.490 im Gebiet des heutigen Kreises Dinslaken. Hier war der dünnbesiedelte Bereich eines Kreises, der sich gerade anschickte, Ballungszone zu werden. Im Raum Duisburg und Essen verzehnfachten sich in wenigen Jahren die Bevölkerungszahlen. Aus bescheidenen Dörfern und beschaulichen Städtchen wurden großstädtische Gebilde. Das Verwaltungsschema mußte immer wieder revidiert und den gegebenen Verhältnissen angepaßt werden.

1873:

Im Kreis Mülheim-Ruhr

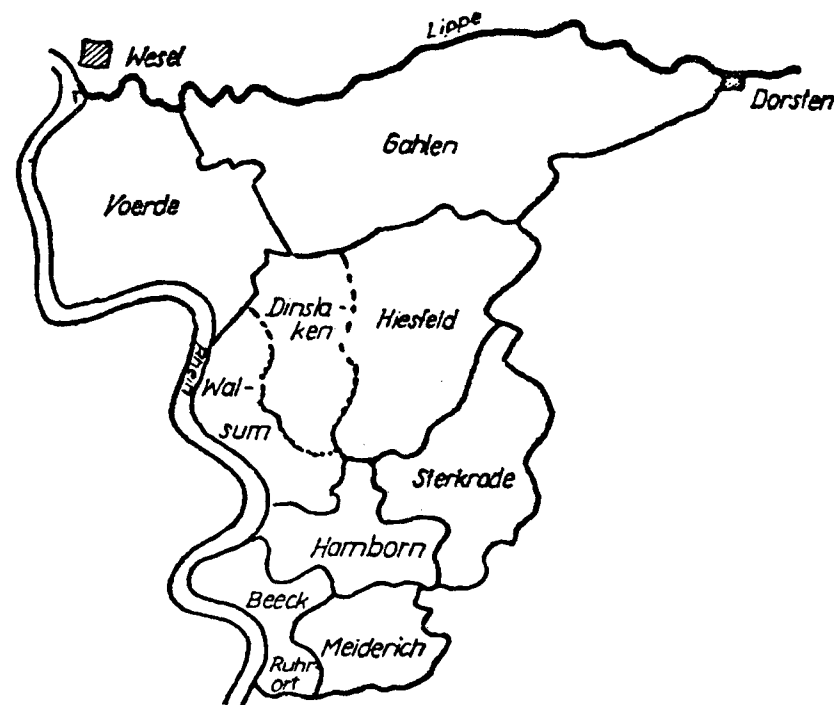
Am 10. August 1857 schieden die Bürgermeistereien Essen, Werden, Kettwig, Borbeck, Steele und Altenessen aus dem Kreis Duisburg aus und bildeten den Kreis Essen. Am 27. Juni 1873 wurde die an Einwohnerzahl und wirtschaftlicher Bedeutung schnell wachsende Stadt Duisburg kreisfrei, und die Verwaltung des restlichen Gebietes zog am 8. Dezember 1873 nach Mülheim-Ruhr. Der neue Kreis zählte 1880 bereits 133.000 Einwohner, davon lebten allerdings die wenigsten im Gebiet des heutigen Kreises Dinslaken (Dinslaken 6.112, Walsum 1.498, Amt Gahlen 3.741 und Bürgermeisterei Götterswickerhamm 4.944 Einwohner). Das Gebiet war zum Süden hin „kopflastig“. Die Zeit für den Raum Dinslaken war noch nicht gekommen.

1887:

Im Kreis Ruhrort

Der Kreis Mülheim-Ruhr bestand in diesem Umfang nur 14 Jahre. Durch Erlaß vom 20. April 1887 wurde dessen Gebiet in die Kreise Mülheim und Ruhrort aufgeteilt. Der neue Kreis Ruhrort umfaßte die Städte Ruhrort und Dinslaken, sowie die Landbürgermeistereien Dinslaken-Land (Walsum und Hiesfeld), Beeck, Sterkrade, Meiderich, Götterswickerhamm, Gahlen und Duisburg-Land (Angerhausen). Die Umgruppierung, kurz vor der Jahrhundertwende, kam zu einem Zeitpunkt, als auch im Raum Dinslaken sich die ersten Anzeichen einer Entwicklung bemerkbar machten, die von der heranrückenden Industrie eingeleitet wurde. Das Tempo war nicht so schnell wie in Ruhrort und vor allem in Hamborn. Doch auch in Dinslaken war nicht mehr zu übersehen, daß ein neues Zeitalter angebrochen war. Einwohnerzahlen aus einer Zeitspanne von 14 Jahren mögen dies andeuten:

	1880	1903
Dinslaken (Stadt)	2.603	4.964
Hiesfeld	3.781	6.101
Walsum	1.532	4.040
Gahlen	3.709	4.274
Götterswickerhamm	5.414	6.082



Bis zum Jahre 1906 leitete der Königliche Landrat Kötter die Geschicke des Kreises Ruhrort. Ihm folgte der Landrat von Wülfring.

Das Jahr 1905 brachte einige bedeutsame Ereignisse für den Kreis Ruhrort. Am 1. April wurden aus der früheren Landbürgermeisterei Dinslaken zwei selbständige Gemeinden, Hiesfeld und Walsum. Im gleichen Jahr schieden die Städte Meiderich und Ruhrort aus dem Kreisverband aus und vereinigten sich am 1. Oktober mit der Stadt Duisburg. Der Restkreis zählte immerhin noch 129.000 Einwohner, davon wohnten allein 67.000 in Hamborn und 33.000 in Sterkrade. Die Eingemeindung von Ruhrort brachte aber die kuriose Situation, daß der Sitz der Kreisverwaltung zwar weiterhin in Ruhrort, aber außerhalb des Kreises Ruhrort lag. Der damalige Kreistag meinte, daß Ruhrort nicht länger Verwaltungssitz bleiben könne und verkaufte im gleichen Zuge das Ruhrorter Kreishaus vorsorglich für 284.000 Mark an die Stadt Duisburg, um es von dieser vorerst wieder anzumieten.



1902 — Ein Haushaltsplan:
Als Walsum noch zur Landbürgermeisterei Dinslaken gehörte.

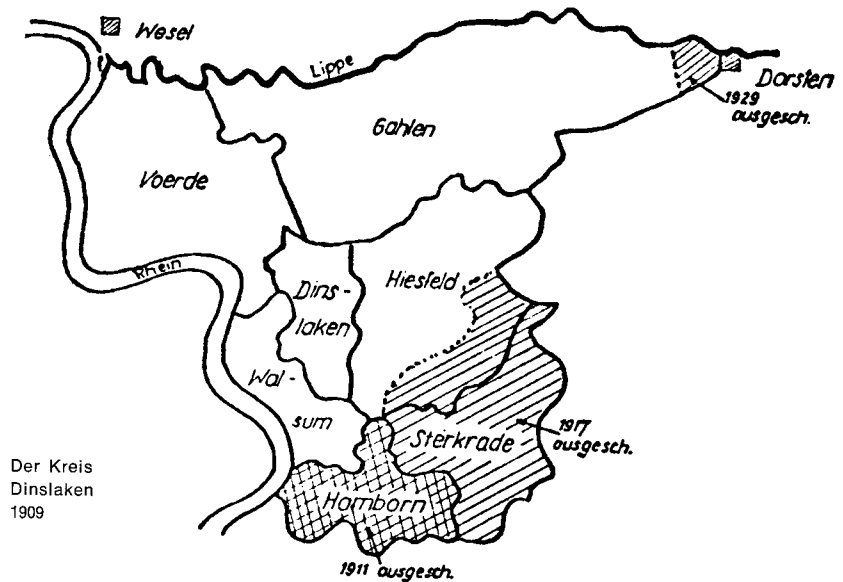
1909:

Die Geburt des Kreises Dinslaken

Durch das Ausscheiden der südlichen Gemeinden an der Ruhr war die Stadt Dinslaken in den geographischen Mittelpunkt des Kreis-Restes gerückt, und es lag nahe, nun den Sitz der Kreisverwaltung, wie damals Anno 1816, wieder nach Dinslaken zu verlegen. Doch so einfach ließ sich diese Neuordnung nicht bewerkstelligen. Man bedenke, daß Dins-

laken immerhin erst rund 6.000 Einwohner hatte. In Hamborn lief das Rad schneller. In der Zeit von 1900 bis 1905 war die Bevölkerung dieses „Industriedorfes“ von 30.000 auf 70.000 angewachsen, und jährlich kamen weitere 10.000 Einwohner hinzu. Sterkrade mit Holten hatte bereits 32.000 Einwohner. Trotzdem sahen maßgebende Männer in Dinslaken ihre Stunde gekommen.

Schließlich war auch Dinslaken nicht zu übersehen. Auf dem Band-eisenwalzwerk war bereits die Produktion angelaufen. In Lohberg wurde eine neue Zeche abgeteufelt. Und nicht zuletzt lag Dinslaken als Verwaltungszentrum unstrittig am günstigsten. Nach Verhandlungen hinter den Kulissen erreichten die Dinslakener Mitglieder des Ruhr-orter Kreistages, daß die Verlegung des Landratsamtes auf die Tagesordnung einer Sondersitzung kam.



Der Kreis
Dinslaken
1909

In der denkwürdigen Sitzung am 20. März 1906 beantragte der Direktor des Bandeisenwalzwerkes, Julius Kalle, „bei einer eventuellen Verlegung des Landratsamtes die Stadt Dinslaken, als den Mittelpunkt des Kreises, als künftigen Sitz der Kreisverwaltung zu wählen. Die Stadt sei bereit, ein Grundstück zu schenken und eventuell auch ein Kreisgebäude auf eigene Kosten herzustellen.“ Theodor Schöter, ein Bauunternehmer aus Buschhausen, bremste zunächst den Dinslakener Antrag. Eine Verlegung sei zur Zeit mit Rücksicht darauf, daß nicht zu



Julius Kalle
Direktor des Walzwerkes Dinslaken und
Kreistagsabgeordneter

übersehen sei, wie sich die Verhältnisse in Hamborn gestalten werden, verfrüht. Außerdem sei „im Falle der Verlegung Sterkrade der Vorzug zu geben“.

Es gab eine lange Debatte. Schließlich beschloß der Kreistag mit 26 gegen 7 Stimmen, dem Antrage des Abgeordneten Kalle entsprechend, „bei einer eventuellen Verlegung des Landratsamtes die Stadt Dinslaken in erster Linie in Vorschlag zu bringen“.

Dieses war keine ganz eindeutige Entscheidung. Jedenfalls ließ dieser Beschluß noch einige Hintertüren offen. Und die Hamborner und Sterkrader hofften, daß die Entwicklung in Kürze die Dinslakener Wünsche regelrecht überrollen würde. Zunächst war jedenfalls die Verlegung des Landratsamtes auf unbestimmte Zeit vertagt.

Es verging ein ganzes Jahr, ohne daß an der Sache etwas getan wurde. Der Landrat residierte weiter in Ruhrort, und sein Landkreis begann erst 3 Kilometer weiter nordwärts, außerdem saß er zur Miete bei der Stadt Duisburg.

Die Stadt verschenkt das Kastell

Die Dinslakener scheinen aber in dieser Zeit nicht geschlafen zu haben. Punkt 1 der Tagesordnung der Kreistagssitzung am 31. Mai 1907 war ein Antrag von 13 Abgeordneten, die Frage der Verlegung des Sitzes der Kreisverwaltung nach Dinslaken wieder aufzurollen. Diesmal ging die Angelegenheit etwas glatter über die parlamentarische Bühne. Beschluß des Kreistages:

„Einstimmig nahm der Kreistag, dem Vorschlage des Kreisausschusses folgend, den von 13 Abgeordneten gestellten Antrag, betreffend Verlegung des Sitzes der Kreisverwaltung von Ruhrort nach Dinslaken und die anderweitige Benennung des jetzigen Kreises Ruhrort an“.

Für den Fall, daß alles glatt ging, hatten die Dinslakener gleich ein nicht zu verachtendes Angebot der Stadt Dinslaken zu präsentieren. Der Kreistag zeigte sich diesem freundlichen Entgegenkommen nicht abgeneigt. So wurde auch der zweite Beschluß einstimmig gefaßt:

„Der Kreistag beschloß, das Angebot der Stadt Dinslaken, betreffend die unentgeltliche Überlassung des Kastells zu Eigentum des Kreises zum Bau eines Kreishauses und die unentgeltliche Benutzung der umliegenden Parzellen als Kreishausgarten, mit Dank anzunehmen. Er wählte eine 12gliedrige Kommission, bestehend aus dem Landrat und den sechs Mitgliedern des Kreisausschusses sowie den Herren Kreistagsabgeordneten Kalle und Maaß aus Dinslaken, Schöter aus Buschhausen, Halswick aus Bucholtwelmen und Flocken aus Hiesfeld, die zur endgültigen Annahme des Bauprojekts, zur Bestimmung des Bauleiters und zur Beschlußfassung über alle sonstigen, den Bau betreffenden Fragen berufen und ermächtigt sein soll. Als erste Rate zur Bauausführung stellte der Kreistag einen Betrag von 100.000 Mark aus dem Kreisvermögen zur Verfügung. Der Kreistag spricht dabei einstimmig die Erwartung aus, daß im übrigen die vorhandenen Rücklagen nicht überschritten werden.“

Damit war eindeutig der Startschuß für den neuen Kreis Dinslaken gegeben, soweit es sich um die Zuständigkeit des Kreistages handelte. Wie aus dem Beschluß hervorging, hatte die Stadt Dinslaken von der Familie de Fries das alte Kastell erworben. Diese alte Burg der klevischen Herzöge, Witwensitz, Domizil der Drosten und Rentmeister,



Das Kastell — 1908 zum Kreishaus umgebaut.

diente in den letzten Jahren landwirtschaftlichen Zwecken und einer Schnapsbrennerei. In der Bevölkerung hieß sie weiterhin das „Kastell“. Dem Kreistag, der den Beschluß faßte, den Sitz der Kreisverwaltung nach Dinslaken zu verlegen, gehörten folgende Abgeordnete an:

a) Aus dem Wahlverband der größeren Grundbesitzer:

1. Dickmann, Joh., Landwirt, Löhnen,
2. Rüttgers, Herm., Landwirt, Walsum,
3. Hottelmann, W., Landwirt, Hamborn,
4. Awater, Theod., Landwirt, Spellen,
5. Bienen, Arnold, Landwirt, Emmelsum,
6. Scholten, Karl, Landwirt, Voerde,

7. Benninghoff, Gottfried, Landwirt, Gahlen,
8. Schieck, Direktor, Neumühl,
9. Grillo, Georg, Direktor, Hamborn,
10. Brandenburg, Oberingenieur, Sterkrade,
11. Morian, Karl, Fabrikbesitzer, Neumühl.

b) Aus dem Wahlverband der Städte:

1. Kalle, Julius, Fabrikdirektor, Dinslaken,
2. Maaß, Louis, Gastwirt, Dinslaken.

c) Aus dem Wahlverband der Landbürgermeistereien:

1. Dahl, Generaldirektor, Bruckhausen,
2. Schäfer, Dr. med., Arzt, Bruckhausen,
3. Murmann, Markscheider, Hamborn,
4. Mommertz, Betriebsinspektor, Marxloh,
5. Bentrop, W., Zechendirektor, Neumühl,
6. Brüggemann, Franz, Bauunternehmer, Marxloh,
7. Schmitz, Wilh., Rentner, Neumühl,
8. Schäfer, Franz, Wirt, Hamborn,
9. Steck, gen. Schulte-Apteloh, H., Landwirt, Hamborn,
10. Hölzken, Josef, Oberingenieur, Sterkrade,
11. Heiermann, W., Kaufmann, Sterkrade,
12. Schäfer, Heinr., Kaufmann, Sterkrade,
13. Reusch, Paul, Direktor, Sterkrade,
14. Schöter, Theodor, Bauunternehmer, Buschhausen,
15. Schulte-Mattler, Landwirt, Holten,
16. Flocken, Herm., Landwirt, Hiesfeld,
17. Glitz, Hugo, Privatförster, Hiesfeld,
18. Scholten, Johann, Landwirt, Holten,
19. Baaken, Heinr., Landwirt, Spellen,
20. Bückmann, G. C., Landwirt, Löhnen,
21. Halswick, Heinr., Landwirt, Bucholtwelmen.

Die „Allerhöchste Genehmigung“

Landrat Dr. Wülfing wandte sich bereits am 5. Juni in einem längeren Antrag an den Regierungspräsidenten in Düsseldorf, die „Allerhöchste Genehmigung“ zur Verlegung des Landratssitzes zu erwirken.

„Unter den außerordentlich ungünstigen augenblicklichen Verkehrsverhältnissen leiden nicht nur die Kreiseingesessenen, sondern auch der Landrat selbst, da die meisten Fahrten in den Kreis ihn jetzt länger der Büroarbeit entziehen, als diese, die beständig zunimmt, als erwünscht erscheinen läßt.“, so schreibt von Wülfing in seinem Antrag. Die nördlich gelegenen Teile des Kreises seien, so vermerkt er, kaum an einem Tage mit dem Fuhrwerk zu besuchen, „zumal die Fahrt die ersten 5 km von Ruhrort aus ununterbrochen über schlechtes, die Pferde ermüdendes Steinpflaster geht.“ Wir müssen dem Landrat beipflichten, daß damals eine dienstliche Kutschfahrt von Ruhrort nach Gahlen durchaus kein Vergnügen war. An Hand einer Entfernungstabelle beweist er außerdem, „daß kein anderer Ort im Kreise außer Dinslaken für den Sitz der Kreisverwaltung in Betracht kommen kann.“ Außerdem sei in absehbarer Zeit damit zu rechnen, daß Hamborn und Sterkrade aus dem Kreisverband ausscheiden würden, nicht zuletzt sei Dinslaken als Bahnstation auch für die Vertreter der Königlichen Regierung bequem zu erreichen. Es biete sich jetzt durch das Angebot der Stadt Dinslaken eine Gelegenheit, „ein passendes und würdiges neues Heim zu schaffen, wie sie niemals wiederkehren dürfte.“

„Der Übergang an den Kreis würde ein architektonisch bedeutsames Bauwerk der einfachen Frührenaissance vor gänzlichem Verfall bewahren.“ Der damalige Provinzialkonservator, Prof. Dr. Clemen, bezeichnete das Kastell als eine historisch wie architektonisch gleich wichtige Anlage, deren Schicksal er im letzten Jahrzehnt mit ständiger Sorge verfolgt habe.

All diesen guten und stichhaltigen Argumenten konnte sich der Regierungspräsident nicht verschließen. Entsprechende Anträge gingen an den Minister des Innern in Berlin und an den Oberpräsidenten in Koblenz. Der Innenminister bemühte den Kaiser Wilhelm II., der sich gerade in Posen aufhielt, um die „Allerhöchste Genehmigung“, die am 20. September 1907 erteilt wurde:



*Auf den Bericht vom 16. Februar v.
Jh. will ich genehmigen, daß zum Bezirk
Ruhrort im Kreis, Bezirk Dinslaken' beizulegen
wird. Kaiserl. Kaiser, am 20. Februar 1907*

J. G. G. G.
7.R.

„Auf den Bericht vom 16. September d. Js., dessen Anlage zurückfolgt, will Ich hierdurch genehmigen, daß das Landratsamt des Kreises Ruhrort im Regierungsbezirk Düsseldorf von Ruhrort nach Dinslaken verlegt wird. Sie haben demgemäß das Weitere zu veranlassen.

Posen, den 20. September 1907

gez. Wilhelm
R.

ggez. von Moltke

Landrat von Wülfig hatte aber diese Genehmigung des Kaisers nicht erst abgewartet, sondern schon vorher einen Architekten gesucht, der befähigt war, das Kastell unter Wahrung seines Burg-Charakters zu einem Verwaltungsgebäude umzugestalten. Als solcher wurde von Prof. Clemen der Düsseldorfer Architekt Albert Nies empfohlen, der



Der Wohnflügel des Landrats.

bereits im Mai 1907 einen Vorentwurf ablieferte. Als die „Allerhöchste Kabinettsordre“ vorlag, konnte umgehend mit den Bauarbeiten begonnen werden. Den Auftrag für die Erd- und Maurerarbeiten erhielt die Firma Freundlieb. Während des Jahres 1908 wurde an dem neuen Kreishaus gebaut. Der alte Wohnflügel wurde als Landratswohnung hergerichtet, während die früheren Wirtschaftsgebäude, der lange Nordflügel, die Verwaltungsräume und den großen Sitzungssaal aufnahmen. Jedenfalls konnte der Landrat dem Regierungspräsidenten Ende Januar 1909 melden, daß die Arbeiten soweit vorgeschritten seien, daß die Kreisverwaltung am 1. April 1909 nach Dinslaken verlegt werden könne. „Der Herr Präsident möge nun die Allerhöchste Genehmigung zur anderweitigen Benennung des Kreises Ruhrort erwirken.“ Bereits am 27. Februar 1909 war die Antwort des Innenministers aus Berlin da:

„Des Königs Majestät haben durch den in beglaubigter Abschrift beigefügten Allerhöchsten Erlaß vom 20. Februar d. Js. zu genehmigen geruht, daß dem Kreise Ruhrort der Name „Kreis Dinslaken“ beigelegt wird. Als Zeitpunkt für die Verlegung des genannten Landratsamtes von Ruhrort nach Dinslaken bestimme ich hierdurch den 1. April 1909.“

Abgebrannt

Dem Kreis Dinslaken wurden zu seinem Anfang keine Fanfaren geblasen. Dafür gellten Brandhörner, nicht um die Ehrengäste einzuladen, sondern um die Feuerwehren der Umgebung zu einer Katastrophe zu rufen, die allem Anfangs-Optimismus einen kräftigen Dämpfer gab. Zum vorgesehenen Tag, dem 1. April, war das Haus allerdings noch nicht ganz fertig geworden. Der 7. April 1909 wurde aber schließlich für die Einweihung festgesetzt. Die Akten lagerten in hohen Stapeln in den halbfertigen Räumen. Noch am 6. April wurde von einigen Handwerkern bis in die späten Stunden gearbeitet. Landrat von Wülfig hatte mit seiner Familie den Umzug bereits bewerkstelligt. Die Möbelwagen standen, zum Teil noch hochbepackt, auf der Straße. Die Landratsfamilie behalf sich für diese eine Nacht, wie es eben ging, mit einem provisorischen Nachtlager. Für die Einweihung war alles gerichtet. Dann kam die Katastrophe über alle frohe und zuversichtliche Erwartung. Frau von Wülfig wurde in den frühen Morgenstunden von



1909: Das abgebrannte neue Kreishaus.

beißendem Qualm geweckt, der unter der Türe durch ins Zimmer strich. Doch lesen wir selbst, was der Reporter der Rhein- und Ruhr-Zeitung über das Ereignis berichtet, das in den nächsten Stunden ganz Dinslaken wachrüttelte und auf die Beine brachte.

7. 4. 1909

Mittagsausgabe

Heute morgen brannte das am 1. April in Benutzung genommene Landratsamt zum größten Teil bis auf die Grundmauern nieder. Das Landratsamt befindet sich bekanntlich in dem alten Schloß, das seinem jetzigen Zweck entsprechend umgebaut wurde. Die Wohnung des Landrats von Wülfing ist mit dem gesamten Mobiliar vollständig zerstört. Von den Akten ist ein großer Teil den Flammen zum Opfer gefallen. Menschen wurden nicht verletzt.

7. 4. 1909

Abendausgabe

Wie wir bereits in der Mittagsausgabe kurz mitteilten, ist in der vergangenen Nacht das Landratsamt, in das das sogenannte Kastell umgebaut worden war, ein Raub der Flammen geworden. Das Feuer wurde gegen 5 Uhr entdeckt. Nach der Ausdehnung zu rechnen, die es um diese Zeit schon angenommen hatte, hat der Brand bereits kurz nach 3 Uhr begonnen. Die Entstehungsursache konnte bisher nicht genau festgestellt werden. Es wird angenommen, daß das Feuer im großen Sitzungssaal des Landratsgebäudes, in dem bis in die Nacht hinein gearbeitet worden war, infolge einer Gasexplosion entstanden ist. Mit rasender Schnelligkeit verbreitete sich das Feuer über das Bureaugebäude — an den Unmengen Akten reichliche Nahrung findend — so daß nach kurzer Zeit das ganze Gebäude bis auf den Grund niedergebrannt war. Der sogenannte Stallgebäude-Flügel, der ebenfalls einige Bureaugebäude enthält, wurde — Dank des schnellen Eingreifens der hiesigen Feuerwehr im Verein mit 3 Wehren aus den Nachbarorten — gerettet, wenngleich durch die Flammen übel zugerichtet. Als das Feuer entdeckt wurde, hatte es bereits auf das Wohnhaus des Landrats übergegriffen und in ganz kurzer Zeit solche Fortschritte gemacht, daß Herr und Frau Landrat von Wülfing nur mit Not, fast unbekleidet, sich retten konnten. In diesem Gebäude war das weibliche Dienstpersonal in höchster Gefahr, zu verbrennen. Herr Landrat von Wülfing machte sich sofort persönlich an die Rettung, die auch gelang. Der Landrat zog sich bei den Rettungsarbeiten einige leichtere Brandwunden am Kopfe zu. Das Wohngebäude wurde bis auf die Parterreräume zerstört.

Das im Hause befindliche Mobiliar verbrannte. Herr Landrat von Wülfing war erst gestern von D.-Ruhrort nach Dinslaken umgezogen. Der größte Teil Möbel befand sich noch in den Wagen und ist vom Feuer verschont geblieben. Nachdem die Feuerwehren bis 8 Uhr angestrengt gearbeitet hatten, konnten sie — eine Brandwache der Dinslakener Feuerwehr zurücklassend — abrücken. Ein großer Teil der Akten liegt teils angebrannt, teils verbrannt in den Trümmern, ein anderer Teil konnte gerettet werden.

Regierungspräsident

Düsseldorf

Königliche
1909
471

Telegraphie des  Deutschen Reichs.
Amt Düsseldorf.

Dinslaken 19. 7. 1909

Neues Kreishaus Dinslaken
in dieser Nacht zum größten
Teile niedergebrannt. Wichtige
Akten meistens gerettet.
Landrat von Wülfig

Das Telegramm des Landrats nach der Brandnacht.

8. 4. 1909

Über das abgebrannte Landratsamt sei noch folgendes mitgeteilt: Die Stadt Dinslaken hatte das Gebäude, ein früheres Kastell, erworben und für den Fall der Verlegung der Kreisverwaltung von Ruhrort nach dort, dem Kreise zum Bau eines Kreishauses nebst Landratswohnung als Eigentum überlassen; ferner gehörte dazu noch die unentgeltliche Benutzung des Kreishausgartens. Der „alte Herrnsitz“ war nach dem Urteil des Provinzialkonservators Prof. Clemen in Bonn eine historisch wie architektonisch gleich wichtige Anlage, deren Schicksal er im letzten Jahrzehnt mit ständiger Sorge verfolgt habe. Das Kastell wurde dann unter möglichster Wahrung seines altherwürdigen Burgcharakters zu einem allen neuzeitlichen Forderungen entsprechenden Kreisverwaltungsgebäude nach dem Entwurf des Architekten Albert Nies, Düsseldorf, umgebaut. Als erste Baurate wurden 1907 100.000 Mark aus dem Vermögen des Kreises zur Verfügung gestellt. Das verlassene Kreisgebäude in Ruhrort, das jetzt der Dampfkesselüberwachungsverein innehat, wurde von der Stadt Duisburg für 284.000 Mark dem Kreise

abgekauft. Damit sollten die Baukosten des neuen Kreisgebäudes bestritten werden.

10. 4. 1909

Um den durch den Brand des Landratsamtes gestörten Verwaltungsbetrieb aufrecht zu erhalten, sind von der Kreisbehörde in zwei Hotels einige Zimmer gemietet worden. Auch Landrat von Wülfig hat eine Privatwohnung bezogen.

13. 4. 1909

Herr Regierungspräsident Schreiber sandte an Herrn Landrat von Wülfig anlässlich des großen Brandunglücks folgendes Telegramm: „Düsseldorf, den 7. 4. 1909. Eben von der Reise zurückgekehrt, spreche ich Ihnen, Ihrer Frau Gemahlin und Ihrem Kreise mein herzlichstes Bedauern über das Brandunglück aus.

Reg. Präs. Schreiber“

17. 4. 1909

Das vor wenigen Tagen abgebrannte Landratsamt gewährt einen traurigen Anblick. Nur die Außenmauern sind stehengeblieben, sowie ein Anbau, in dem Vorräte für die Tiere untergebracht waren. Für Herrn Landrat von Wülfig wird ein bei der Post gelegenes Haus eingerichtet. Mit den Aufräumarbeiten ist sofort begonnen worden, so daß bereits in kürzester Zeit mit dem Wiederaufbau des Gebäudes vorgegangen werden kann. Dabei sollen Brandmauern vorgesehen werden, die dem alten Gebäude fehlten. (Wir werden heute in unserer Geschäftsstelle, Poststraße 17, mehrere sehr gute photographische Aufnahmen von der Brandkatastrophe ausstellen.)

Aus einem Augenzeugenbericht:

„ . . . und während die ersten Wehren wieder abrückten, kam am Bahnhof die Regimentskapelle aus Wesel an, welche zur Einweihungsfeier das „Heil Dir im Siegerkranz“ blasen wollte.“

Dem Kutscher des Landrats, Josef Rademacher und dem Bäckermeister Eduard Schollin, die sich bei der Bekämpfung des Brandes und bei der Rettung des weiblichen Dienstpersonals besonders eingesetzt hatten, wurde die Erinnerungs-Medaille für Rettung aus Gefahr verliehen.

Erste Kreistagssitzung

Die erste Kreistagssitzung des neuen Kreises Dinslaken fand am Samstag, 1. Mai 1909, nachmittags 4 Uhr im Saal der Wirtschaft Ahls am Bahnhof Dinslaken (heute Bahnhofshotel) statt. Landrat und Ratsmitglieder standen noch ganz unter dem Eindruck der Brandkatastrophe.



Landrat von Wülfing

Zum Punkt 1 der Tagesordnung gab Landrat von Wülfing einen eingehenden Bericht über den Brand des Kreishauses, seine Entstehung, Ursachen und Folgen und über den Stand der Verhandlungen mit der Provinzial-Feuersozietät. Es ist nicht mehr bekannt, ob über die Schuldfrage oder andere unangenehme Dinge diskutiert wurde, jedenfalls beschloß der Kreistag, den Bau im alten Rahmen wiederherstellen zu lassen. Wesentlich war auch die Feststellung des Landrats, daß ein großer Teil der Akten, vor allem die älteren Stücke, verbrannt sei. Für viele Sachgebiete fehlten sämtliche Unterlagen und General-Akten, die nur mühsam und allmählich wieder vervollständigt werden konnten.

Die Bauhandwerker waren bereits emsig dabei, das abgebrannte Kreishaus wiederherzustellen. Bereits am 30. September des gleichen Jahres meldete von Wülfing dem Regierungspräsidenten:

„Euerer Hochwohlgeboren kann ich zu meiner Freude vermelden, daß die sämtlichen Büros meiner Verwaltung sich von heute an wiederum im neuen Kreishause befinden.“

Der Um- und Erweiterungsbau des Kastells zum Kreishaus hatte 317.000 Mark gekostet, der Wiederaufbau des Kreishauses nach dem Brand 165.000 Mark.

Geringe Chancen für die Zukunft

Der Kreis Dinslaken von 1909 war ein seltsames Gebilde, Produkt und Ergebnis einer sprunghaft-schnellen Entwicklung, übrig geblieben als Nährboden für neue Großstädte. Und so sagte niemand diesem Kreis eine lange Lebensdauer voraus. Man überlegte schon, wie man den Kreis Dinslaken demnächst unter den Großstadtnachbarn und dem Kreis Rees aufteilen könnte. Diese Leute, und es waren nicht wenige, schienen durchaus Recht zu haben. Dinslaken selbst war die einzige Stadt im Kreise. Im Süden aber hatte die „Landgemeinde“ Hamborn bereits 94.000 Einwohner und rechnete damit, im folgenden Jahr den 100.000ten Bürger begrüßen zu können. Sterkrade hatte sich mit Buschhausen zusammengetan, hatte 32.000 Einwohner und spekulierte schon darauf mit der Stadtwerdung auch die Kreisfreiheit zu gewinnen. Wer mochte da dem Kreis Dinslaken noch eine Chance für die Zukunft geben?

Für uns ist die Einwohnerstatistik von 1909 recht interessant, weil sie gleichzeitig Einblick in die kommunale Gliederung des Gebietes gibt, das jetzt „Kreis Dinslaken“ hieß:

Stadt Dinslaken	7.662
Hamborn	93.694
Hiesfeld	9.603
Bürgermeisterei Gahlen	4.730 (mit den Gemeinden Gahlen
	2.349, Gartrop-Bühl 473, Hünxe 1.081, Bruckhausen 582
	und Bucholtswelmen 245)



Das erste Kreishaus (Erbaut 1908/09 – zerstört 1945).

Bürgermeisterei Götterswickerhamm 6.735 (mit den Gemeinden Goersicker 231, Löhnen 405, Mehrum 251, Möllen 934, Spellen 3.304 und Voerde 1.610)

Sterkrade 37.058 (mit den Gemeinden Sterkrade 31.565 und Holten 5.432)

Walsum 6.643 Einwohner.

Insgesamt zählte also der neue Kreis Dinslaken 166.401 Einwohner. In den letzten vier Jahren hatten die ihm zugehörigen Gemeinden um 37.000 Einwohner zugenommen. Und das einmal angeschlagene Entwicklungstempo schien eher schneller als langsamer zu werden. Doch die damit erwachsenden Probleme beschäftigten in erster Linie die Gemeinden selbst und weniger den Kreis, dessen Verwaltungsaufgaben damals noch recht begrenzt waren. Damals kam der Kreis noch mit einer Kreisumlage von 5,5 Prozent aus, und der Kreishaushaltsplan schloß in Einnahme und Ausgabe im Jahre 1909 mit 413.000 Mark ab.

Als der Haushaltsplan von 1910 erstmalig in Einnahme und Ausgabe eine halbe Million überschritt, wurde beschlossen, zur Leitung der Kreiskommunalkasse einen hauptamtlich tätigen Rendanten einzustellen. Bisher wurde diese Aufgabe vom Rendanten der Stadt Ruhrort im Nebenamt erledigt.

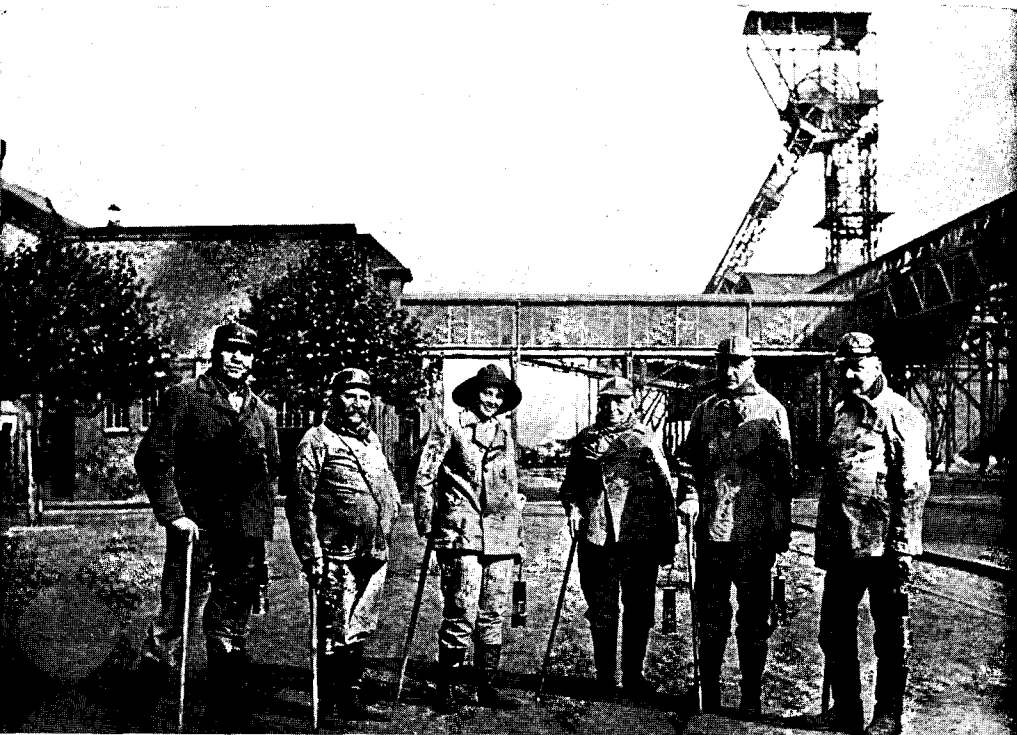
Der ganze Beamtenstab der Kreisverwaltung bestand neben dem Landrat aus dem Kreisausschuß-Sekretär und zwei Kreisausschuß-Assistenten, außerdem arbeiteten im Kreishaus ein Kreisbote, ein Hilfsbote und einige „Büro- und Kanzleihilfen“.

Schluß X

Thyssen: Kohle und Eisen

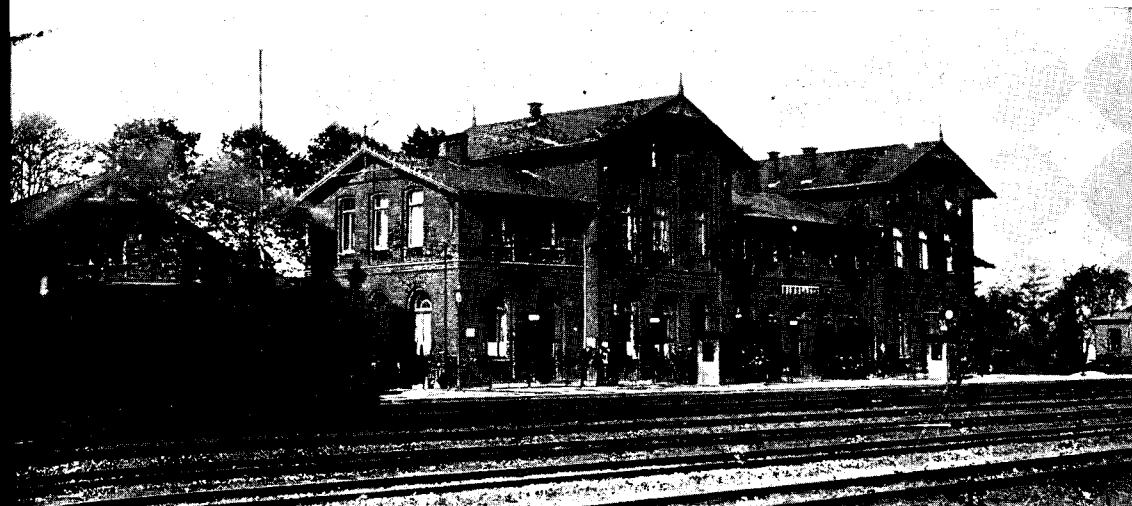
Das Gebiet, das sich im Jahre 1909 „Kreis Dinslaken“ nannte hatte damals schon große wirtschaftliche Bedeutung. Es gehörte zu der Zone, die die großen Industriekapitäne längst für künftige Planungen abgesteckt hatten. Stärkster Motor war August Thyssen. Er wußte wo die Kohlen lagen und daß die Zeit für Werksgründungen günstig war. Die damalige „Gewerkschaft Deutscher Kaiser“ mit August und Fritz Thyssen bemühte sich mit Erfolg um Feldesverleihungen im Raum Dinslaken und Walsum. Im Gründungsjahr des Kreises, am 1. Februar 1909, wurde auf dem Schacht Lohberg der erste Kübel Boden zu Tage gefördert. Die ersten Kohlen kamen erst 1912.

Betriebsplanmäßig genehmigt waren damals, also um 1909, noch sechs andere Schächte der Gewerkschaft „Lohberg“. Sie sind aber ebenso, wie die vier geplanten Schächte der Gewerkschaft „Friedrichsfeld“, wegen der Ungunst der späteren Jahrzehnte nicht gebaut worden. In Walsum begann man schon 1910 mit dem Abteufen des ersten Schachtes und zwar im Grubenfeld Rhein I. Es umfaßte fast den ganzen Raum Walsum. Dieses Feld sollte durch drei neue Doppelschachtanlagen aufgeschlossen werden. Die westliche war beim Dorf Walsum, die mittlere zwischen Driesenbusch und Provinzial-Straße (heute Friedrich-Ebert-Straße) und die östliche war mit drei Schächten in Wehofen vorgesehen. Auch hier gingen bei weitem nicht alle Erwartungen und Pläne in Erfüllung. In Wehofen konnte zwar 1913 die Förderung aufgenommen werden, doch auf dem westlichen Schacht, dem späteren Verbundbergwerk, wurde erst ab 1939 gefördert. Die Pläne für die mittleren Schächte blieben ganz in der Schublade liegen.

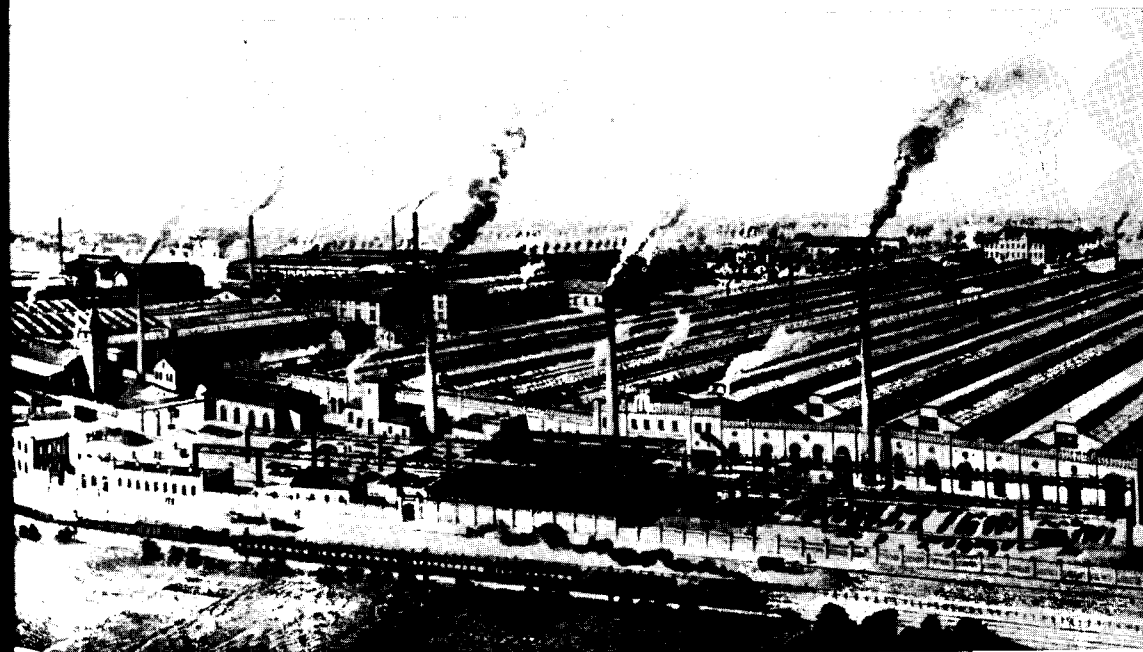


1924:
August Thyssens letzte Grubenfahrt auf Lohberg (von links: Betriebsführer Gibbels, Direktor Mommertz, Frau Adenauer, August Thyssen, Dr. Konrad Adenauer, Dir. Lenze).

Wirtschaftliches Glanzstück im Kreise war über Jahrzehnte das Dinslakener Bandeisen- und Röhrenwalzwerk. Zur Zeit der Gründung des Kreises Dinslaken zählte das Walzwerk eine Belegschaft von 1.500 Mann. Später beschäftigte man dort 3.000 Arbeiter und Angestellte und lieferte etwa ein Drittel der gesamten deutschen Bandeisenproduktion. Mit diesem Werk ließ sich Staat machen. Fast ganz Dinslaken lebte davon. Die anderen Werke konnten sich nicht damit vergleichen, z. B. das Nagel- und Drahtwerk, die Firma F. Meyer, die Gußstahlwalzenfabrik von Steinhoff, oder die Zellstoff-Werke AG und die Rheinwerft in Walsum. Doch stellten sie in ihrer Gesamtheit eine nicht unbedeutende Wirtschaftskraft dar.

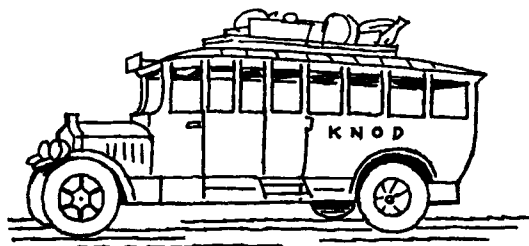


Der erste Dinslakener Bahnhof.



Dinslakens Pardestück: Das Walzwerk.

Die „Kreis Ruhrorter“ und die KNOD



Im Jahre 1909 waren die Verkehrsverhältnisse im Kreis Dinslaken nicht die besten. Zwischen den Ortschaften bestanden so gut wie keine Verkehrslinien. Die Eisenbahn verkehrte von Oberhausen über Dinslaken, Voerde nach Wesel. Erst 1911 begannen die Arbeiten an einer zweiten Eisenbahnlinie, die über Hamborn, Walsum, Spellen nach Wesel führte. Als Ost-West-Verbindung wurde eine Bahnlinie von Dinslaken nach Gladbeck geplant. Erst nach Jahrzehnten wurde das Projekt endgültig an die Seite gelegt.

Die einzige Straßenbahnverbindung bestand 1909 zwischen Dinslaken und Meiderich. Träger war die „Kreis Ruhrorter Straßenbahn AG“. Die Strecke endete am Walsumer Tor, gegenüber dem evgl. Pfarrhaus. Erst 1911 wurde die Bahn am Rathaus vorbei bis zum Bahnhof gelegt. 1914 wurde die Strecke nach Lohberg in Betrieb genommen. Der erste Wagen nach Hiesfeld fuhr am 14. Mai 1929. Die Kreis Ruhrorter Straßenbahn aber bestand noch bis 1941. Dann ging sie in die Duisburger Verkehrsgesellschaft auf.

Diese Linien täuschten allerdings den Einheimischen nicht darüber hinweg, daß die Verbindung mit den Landgemeinden des Kreises außerordentlich schlecht blieb. Von einem halbwegs geschlossenen Verkehrsnetz konnte keine Rede sein. Der 1. Weltkrieg und die Notzeiten in den ersten Nachkriegsjahren waren nicht dazu angetan, die „Kreis Ruhrorter“ zu ermuntern, weitere Linien zu eröffnen. Da beschloß der Kreistag in seiner Sitzung am 17. April 1925 eine eigene Verkehrsgesellschaft zu gründen. Sie erhielt den umständlichen Namen „Kraftwagenverkehrsgesellschaft mbH Niederrhein-Ost, Sitz Dinslaken“ und wurde kurz „KNOD“ genannt. Die miesen Jahre, die dann bald folgten, bliesen auch diesem Unternehmen das Lebenslicht aus und man war froh, daß die Kreis Ruhrorter-Straßenbahn schon fünf Jahre später die Linien übernahm und sich das Revier mit der Post teilte.

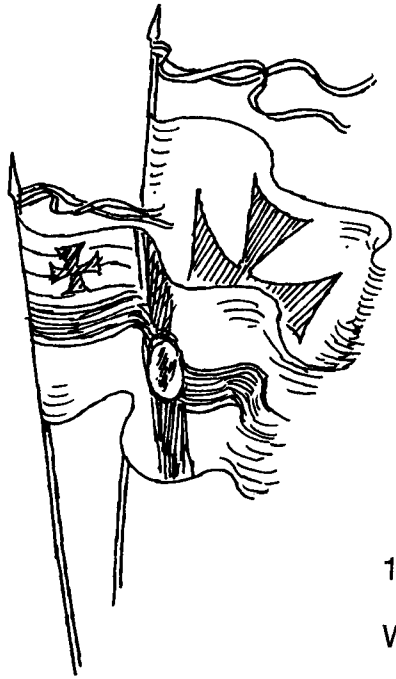


Hochbetrieb auf dem Dinslakener Viehmarkt in den Hallen an der Hünxer Straße.

Schreiben wir über das Gründungsjahr 1909, dann dürfen wir nicht die Viehmärkte vergessen, die damals Dinslaken in ganz Westdeutschland bekannt machten. Im Jahre 1909 wurden zum Beispiel 32.612 Stück Rindvieh auf dem Dinslakener Markt aufgetrieben.

Miese Zeiten

Nach dieser Einsichtnahme in die Wirtschafts- und Verkehrsverhältnisse des neuen Kreises sind für die folgenden Jahre meist nur noch Ereignisse zu notieren, die den Kreis immer wieder an den Rand des Abgrundes brachten. Diese Zeit wurde durchgestanden, mit Schrammen und Beulen, mit Tiefen und neuem Aufstieg.



1914:

Weltkrieg Nr. 1

Der langsamen Aufwärtsentwicklung setzte der 1. Weltkrieg ein jähes Ende. Er brach in eine Zeit wachsenden Wohlstandes und großer Planungen. Das Dinslakener Bandeisenwalzwerk hatte einen Höchststand seiner Produktion erreicht. Auf dem Schacht Lohberg war die regelmäßige Förderung im Oktober 1913 angelaufen.

Die Mobilmachung des deutschen Heeres wurde begleitet von einer Welle gläubiger Zuversicht. Die patriotischen Gefühle fanden ihren stürmischen Ausdruck in der Verabschiedung der ausziehenden Regimenter und bei der Einquartierung durchmarschierender Fronttruppen. Die ersten Siegesmeldungen waren Anlaß zu Feudenkundgebungen und Danktelegrammen an die Heerführer. Nur in den Verwaltungen merkte man bei allem Optimismus, daß eine Welle schwieriger und ernster Aufgaben auf sie zukam.

Bereits im Oktober 1914 wurde in Dinslaken die erste Volksküche eingerichtet. Schon zogen die Fleischpreise an, und der Landrat mußte die ersten Maßnahmen gegen die Teuerung veranlassen. Die Metzger wei-

gerten sich zunächst, die Fleischpreise herabzusetzen. Unterdessen lief in der Bevölkerung bereits die erste Liebesgabensammlung.

Die Hungerblockade der Gegner dämpfte sehr bald schon die zuversichtliche Stimmung der Bevölkerung. Ende Januar 1915 wurden alle Mehlvorräte im Kreisgebiet enteignet. Am 15. März wurde dann die Brotkarte eingeführt, die ihre Herrschaft bis zum 17. November 1923 behauptete. Natürlich wirkte sich die Lebensmittelverknappung im Landkreis Dinslaken nicht so weitgehend aus, wie in den Großstädten. Für Geld und gute Worte, vor allem für Geld, konnte man noch manches kaufen. Aber schon seit 1915 wurden im Kreis Dinslaken auch die Bauern einer strengen Kontrolle unterworfen. Immer neue Sammlungen appellierten an die Opferbereitschaft der Kreisbevölkerung. So wurde Anfang 1915 überall im Lande die „Reichswollwoche“ durchgeführt, um wärmende Kleidung für die Frontsoldaten zu bekommen. Die ersten beiden Kriegsanleihen bei der Städt. Sparkasse brachten rund 2 Millionen Mark. Im Januar 1917 wurde zur sogenannten „Hindenburgspende“ aufgerufen, deren Ertrag für die schwerarbeitenden Rüstungsarbeiter gedacht war.

In der folgenden Sitzung, am 22. November 1917, als Hindenburg dankend die Ehrenbürgerschaft der Stadt Dinslaken annahm, beklagte man sich in einer Stadtverordneten-Versammlung bitter über die schlechte Beschaffenheit des Brotes durch den Zusatz von Kartoffeln. Der Bürgermeister wurde ersucht, bei der Kreisverwaltung zu beantragen, daß bei einer geringeren Brotmenge das Brot ohne Kartoffelzusatz, dagegen für den Ausfall an Brotgewicht eine erhöhte Kartoffelration geliefert wird.

Diese nüchternen Vermerke in den Ratsprotokollen können nur andeutungsweise die wirkliche Not, den Hunger und das Elend deutlich machen. Sie erzählen nicht von langen Schlangen vor den Bäckerläden, sie berichten nicht von den zunehmenden Felddiebstählen und von den Steckrübenrationen als die Kartoffeln ausblieben. Im November 1918 erfüllte sich das Schicksal des deutschen Volkes. Der Krieg ging verloren. Mit dem Ende der Kriegshandlungen war die materielle Not und die Zeit des Hungerns noch lange nicht beendet. Die Herrschaft der Brotkarte dauerte noch bis zum 17. November 1923.

Auch der Kreistag sah sich in einer Sitzung am 30. Oktober 1919 gezwungen, vorbeugende Maßnahmen zu ergreifen, um die „sich immer schwieriger gestaltende regelmäßige Lebensmittelversorgung des Kreises“ zu stützen.

1918:

Arbeiter- und Soldatenrat

Der Krieg war endgültig verloren. Die alte Ordnung des Kaiserreiches war zusammengebrochen. Schon in der ersten Novemberwoche traten allerorts Ausschüsse zusammen. Sie hatten keine Satzung und keinen Auftrag. Jedes Mitglied wußte aber, daß sich eine historische Umwälzung anbahnte, die große Chance, der Republik zum Durchbruch zu verhelfen. Es gab auch einen Kreis-Arbeiter- und Soldatenrat, der am 19. November 1918 zum ersten Mal zusammentrat. Bezeichnenderweise finden wir in der Anwesenheitsliste u. a. den Regierungsrat Wilke, der damals kommissarisch die Geschäfte des Landrats führte, den Kreissekretär Kray und den Kreis Ausschuß-Sekretär Giersberg, den Bürgermeister Wetzlar aus Hünxe und den Rentmeister Barth aus Gartrop, außerdem Bergleute, Walzer und Landwirte. Wie in den Gemeinden, so beschäftigte sich auch dieser auf Kreisebene wirkende Ausschuß im wesentlichen mit der Lebensmittelversorgung der Bevölkerung. An der allgemeinen Not konnte auch er nicht viel ändern. Es wurde lediglich beschlossen, die Bauern etwas schärfer zu überwachen, das Pferdefleisch in Zukunft ohne Marken zu verkaufen, 5 Waggon Kartoffelflocken aufzukaufen und evtl. einen davon als Weihnachtsgabe zurückzuhalten. Als Sonderzulage zu Weihnachten 1918 gab es dann schließlich 1 Pfund Hülsenfrüchte, 250 Gramm Mehl und die doppelte Fleischmenge.

Ende 1918 bildete sich auch ein Kreisbauernrat, der bereits am 7. Januar 1919 zu einer ersten gemeinsamen Sitzung mit dem Kreisarbeiterrat zusammentrat. Regierungsrat Moll, der später als Landrat eingesetzt wurde, hob in seiner Begrüßungsansprache hervor, daß es sich um einen ersten Versuch gemeinschaftlicher Beratung beider Berufsvertretungen handle.

Neuer Kreistag

Die „Revolution“, soweit sie die Verwaltung des Kreises Dinslaken betraf, war alles andere als stürmisch. In der Anwesenheitsliste zur Kreistagsitzung am 27. März 1919 waren immer noch drei Wahlverbände, die der Großgrundbesitzer, der Städte und der Landbürgermeistereien

aufgeführt. Allerdings standen auf Grund einer Verordnung der Preussischen Regierung vom Februar 1919 neue Kreistagswahlen vor der Tür. Und nach dieser Verordnung mußte auch der Wahlverband der Großgrundbesitzer fortfallen. Bis zum März 1919 war noch kein Arbeiter in den Kreistag eingezogen. Allerdings war man von Berlin aus bemüht, die kommunalen Parlamente so wenig wie möglich zur Plattform gefährlicher Auseinandersetzungen zu machen. Es gab im Februar 1919 einen Erlaß des Preussischen Innenministers, nach dem sich die Kreistage im wesentlichen auf die Beratung der Haushaltspläne und wichtiger finanzieller Vorlagen beschränken sollten, das übrige erledigten Arbeiter- und Soldatenräte.

Im Mai 1919 fanden dann Wahlen statt. Die erste Sitzung des neuen Kreistages war am 28. Mai 1919. Die Ausschüsse wurden alle einstimmig durch Zuruf gewählt und der damals als kommissarischer Landrat fungierende Regierungsrat Moll nahm diese Einstimmigkeit zum Anlaß, dem Regierungspräsidenten darüber zu berichten:

„ . . . bedeutet doch diese Tatsache eine erfreuliche Erscheinung, weil sie beweist, daß selbst in einem so ungleich zusammengesetzten wirtschaftlichen Gebiet wie dem Kreis Dinslaken der Kreistag mit Erfolg bestrebt ist, den so schweren Niedergang unseres Vaterlandes durch gemeinsame Arbeit allmählich wieder auszugleichen. Im übrigen bemerke ich noch, daß der Kreis Dinslaken 48.769 Einwohner zählt. Von ihnen wohnen 20.525 in der Stadt, 14.518 in der hauptsächlich industriellen Bürgermeisterei Walsum, der Rest in den anderen Bürgermeistereien. Im Kreistag sind 26 Abgeordnete, die verschiedenen Berufen angehören. Unter ihnen sind 7 Sozialdemokraten (Mehrheits-Sozialisten), 7 Vertreter des Zentrums, 7 Vertreter der Deutschnationalen bzw. Volkspartei, 4 Demokraten und endlich 1 Wilder. In den Kreis Ausschuß gewählt sind 3 Vertreter der Stadt Dinslaken und je ein Vertreter der Landbürgermeistereien Walsum, Gahlen, Voerde. Von den Kreis Ausschußmitgliedern gehören 2 dem Zentrum, 2 der Deutschen Volkspartei, sowie je einer der Sozialdemokratischen Partei und den Demokraten an. Dem Beruf nach ist ein Kreis Ausschußmitglied Großgrundbesitzer (der Deutschen Volkspartei zugehörig), einer Schreiner (der Demokratischen Partei zugehörig), einer Landwirt und zugleich als Ziegeleibesitzer Gewerbetreibender (der Zentrumsparlei zugehörig) und 2 Arbeiter (je einer der Sozialdemokratischen- und der Zentrumsparlei zugehörig). Damit bietet der Kreis Ausschuß in politischer, örtlicher und berufsständischer Zusammensetzung eine Gewähr für künftige gedeihliche Arbeit. — Moll — “



Tumult und Streik

Die ersten Friedensjahre nach dem 1. Weltkrieg waren im Kreis Dinslaken alles andere als friedlich. Es war eine turbulente Zeit, angefüllt mit Hunger und Not, Erwerbslosigkeit und Armut, mit Streik und Terror.

Am 3. April 1919 erklärte der kommandierende General des VII. Armeekorps, Generalleutnant Freiherr von Watter in Münster im Kreis Dinslaken und den benachbarten Städten den Belagerungszustand. Diese Maßnahme war die Antwort der Regierung auf die Ausschreitungen der Kommunisten anlässlich der Wahlen zur National-Versammlung und die vielen Streiks und blutigen Zwischenfälle in der Folgezeit. Die junge Republik war gewillt, mit allen Mitteln ihre Existenz zu sichern und Auführer und Unruhestifter niederzuhalten.

1920:

Die Rote Armee marschiert

Im Laufe des 13. März 1920 wurde im Ruhrgebiet bekannt, daß sich am frühen Morgen des gleichen Tages in Berlin der Kapp-Putsch ereignet habe. Bis zum Abend wußte man in der breiten Öffentlichkeit wie auch an den amtlichen Stellen des Reviers an Einzelheiten nichts weiter, als daß einige Reichswehrtruppen in Berlin einmarschiert seien und daß die Regierung die Flucht ergriffen habe. Ferner war das Gerücht verbreitet, die Regierung habe als letzte Handlung zum Generalstreik aufgerufen. Die erste Rückwirkung des Kapp-Putsches im Ruhrrevier war, daß auch hier zum Generalstreik aufgefordert wurde.

Größere bewaffnete Arbeiterhaufen ballten sich im Raum Hagen-Remscheid zusammen, die auf die Großstädte Essen und Dortmund losmarschierten. Am 19. März wurde Essen in blutigen Kämpfen erobert.



1920: Die „Rote Armee“ in Dinslaken.

Der gefawten Bevölkerung wird gerechter Schutz durch die Rote Armee zugesichert, wenn sie sich loyal verhält und die Waffen streckt. Keine Rache, keine sonstigen Strafen wird die Rote Armee verhängen. Wir kämpfen nur für unsere Ideale, daß die der ganzen Menschheit sein müßten, für ein freies Volk auf freiem Grunde.

Keine Grenztaten, keine Vergeltung, keine Strafen; nur Menschenliebe und Gerechtigkeit wollen wir abwalten lassen.

Die Rote Armee.

Damit war auch das übrige Ruhrgebiet den „Roten“, wie man damals sagte, preisgegeben. Die militärische Lage war jetzt derart, daß die am Westrand des Industriegebiets, also im Raum Duisburg stehenden Teile der Reichswehr in der Gefahr standen, abgeschnitten zu werden. Über den Rhein konnten sie nicht gehen, da dort die belgischen Besatzungstruppen lagen. Die Kommunisten hatten inzwischen großen Zulauf. Man schätzte ihren Bestand in diesen Tagen auf 50.000 bis 60.000 Mann. Überdies waren sie im Besitz gewaltiger Mengen von Waffen und Munition und vieler Kraftwagen. Angesichts dieser Sachlage gab das Wehrkreiskommando den Befehl, Duisburg zu räumen und die Truppen bis Wesel zurückzuziehen. Bei diesem Rückzug erlitten die Regierungstruppen gerade im Raum Hamborn und Dinslaken blutige Verluste und verloren sehr viele Waffen und Kraftfahrzeuge. Es wurde in diesen Kämpfen auch Artillerie eingesetzt. Es gab Tote und Verwundete unter der Zivilbevölkerung. Auf der heutigen Bundesstraße 8 aber, im Raum Hamborn und Wesel, spielten sich die grausamsten Szenen ab. In der Nacht vom 21. auf den 22. März besetzten die Roten Dinslaken und rückten weiter bis Wesel vor. An der Lippe wurden sie aufgehalten. Im Raum von Emmelsum und Friedrichsfeld entwickelte sich ein regelrechter Stellungskrieg mit Schützengraben, Minenwerfernestern, Spähtruppunternehmen mit weißen und roten Leuchtkugeln.

Unterdessen wurde im Hinterland geraubt und geplündert. Die Industrie wurde vollkommen lahmgelegt. Eine richtige Etappe wurde eingerichtet. Der zuständige Kommandeur ließ sich im Dinslakener Kriminalbüro nieder. Das Ledigenheim in Wehofen mußte an einem einzigen Tag mehr als 3.000 Mann beköstigen. Sämtliche Lebensmittelvorräte wurden mit Beschlag belegt und aufgebraucht.

Wie eh und je: Neue Kartoffeln auf dem Dinslakener Wochenmarkt. ▶



Inzwischen verhandelte Severing in Münster, in der Hoffnung, die Entwaffnung der Roten Armee noch auf unblutige Weise durchführen zu können. Am 31. März griff die Rote Armee an der heutigen B 8 zwischen Friedrichsfeld und Wesel an, wurde aber unter schweren Verlusten abgewiesen und dann endgültig zurückgeschlagen und aufgerieben.

Zurück blieben Hunger und Not in der Zivilbevölkerung, Trümmer und Schäden an Leib und Eigentum. Massengräber in Hünxe an der Crudenburger Fähre, in Bruckhausen, an der B 8 in Voerde, auf dem Dinslakener Friedhof und andernorts waren noch manches Jahr Zeichen des mißglückten Versuchs im Westen eine Räterepublik nach russischem Vorbild aufzurichten.

Der Kreistag ermächtigte den Kreisausschuß bis zu 1 Million Mark nach der Höhe des festgestellten Schadens an die Gemeinden des Kreises zur Weitergabe an die Geschädigten als Vorschuß zu überweisen. So konnte wenigstens die erste Not gelindert werden.

1921:

Besatzung

Nach den März-Unruhen kam die Bevölkerung des Kreises Dinslaken nicht zur Ruhe. Bereits während der Auseinandersetzungen mit der Roten Armee standen alliierte Truppen auf der linken Rheinseite. Der Verlauf der Londoner Verhandlungen über die Erfüllung des Vertrages von Versailles im März 1921 führte zur Besetzung neuen deutschen Gebietes. Am 8. März wurde Duisburg besetzt. Am nächsten Tag wurde der Brückenkopf bis nach Walsum ausgedehnt. Bis 1923 beschränkte sich die Besatzung im Kreis Dinslaken auf Walsum und seinen Hafen. Anfang Januar aber gaben Rückstände in den deutschen Reparationslieferungen den Franzosen den Anlaß, eine „Ingenieurkommission“ in das Ruhrgebiet zu schicken. Am 12. Januar schon war der Raum zwischen Ruhr und Lippe und damit auch der Kreis Dinslaken besetzt. Den belgischen Truppen war das Dreieck Duisburg-Wesel-Haltern anvertraut. Ihr Führer, der General Borremanns, schlug sein Hauptquartier im Gymnasium Sterkrade auf und beherrschte von hier aus den Landkreis Dinslaken und den Raum Oberhausen-Gladbeck-Dorsten. Die Nordgrenze bildete die Lippe.



Besatzungstruppen sind immer unangenehme Gäste. Und so war diese Zeit eine ununterbrochene Kette von Zwischenfällen, von Reibereien, Protesten und Schikanen. Die Soldaten „organisierten“ Kartoffeln und Eier, nahmen ahnungslosen Leuten die Fahrräder ab, und es gab Schlägereien in Gaststätten. Nachts wurden Flugblätter, die zum passiven Widerstand oder zur Sabotage aufriefen, geklebt und verstreut. Die Besatzung entfaltete eine lebhaftige Gegenpropaganda und sparte nicht mit Papier und Druckerschwärze und kräftigen Parolen, die sie ebenfalls an die Litfaßsäulen und Mauern kleben ließ.

Bereits am 27. April 1923 wurde der Walsumer Bürgermeister Hoeweler verhaftet und ins Gefängnis gesteckt. Auch der Beigeordnete der Stadt Dinslaken, Christian Fielenbach, wurde als einer der ersten Kommunalbeamten ausgewiesen, ihm folgte der Bürgermeister Jäger von Voerde. Landrat Schluchtmann hatte den Kreistag zum 27. April eingeladen. Den Vorsitz mußte aber der Kreisdeputierte Kalle übernehmen, weil der Landrat inzwischen verhaftet und in das Gefängnis Anrath gebracht worden war.

Plünderer stürmten nicht nur die Kohlehalden. Hungernde Scharen zogen auch aufs Land. Wahllos wurden die kaum ausgereiften Kartoffeln geraubt, wahllos das Vieh auf der Weide geschlachtet. Am 24.

November 1924 verließ in Walsum der letzte belgische Besatzungssoldat den Kreis Dinslaken. Trotzdem gehörte der Kreis noch bis zum 25. August 1925 zum besetzten Gebiet.

Heute sieht man die Besatzungszeit etwas nüchterner als damals, als sich das Nationalgefühl noch aufbäumte. Reibereien und Unzuträglichkeiten zwischen den Soldaten und der Bevölkerung ließen sich nicht vermeiden, und Kleinigkeiten wurden oft aufgebauscht und künstlich verschärft. In der Regel haben sich die Belgier, vor allem die Flamen, anständig benommen. Oft haben sie einem Bauern einen Karren aus dem Schlamm gezogen oder beim Löschen eines Brandes geholfen. Sie fühlten sich meist nicht wohl in ihrer Rolle, Besatzungsmacht zu spielen. Viel lieber wären auch sie nach Hause gezogen, um mit dem Pflug oder am Schraubstock friedliche Arbeit zu leisten.

1923:

Inflation

Zu allen inneren und äußeren Nöten, zu Bürgerkrieg und Besatzung kam eine lawinenartig fortschreitende Entwertung des Geldes. Es hatte keinen Sinn mehr, einen Kreishaushaltsplan aufzustellen. Er war schon überholt, wenn er in Kraft treten sollte. Und trotzdem mußte etwas getan werden. Der Wohnungsbau war dringender denn je. Heere von Arbeitslosen rebellierten. Die Lebensmittel waren knapp, und der Kreis mußte sich bemühen, zusätzliche Mengen aufzukaufen. Die Gemeinden standen am Rande des Ruins. Die Produktion der Zechen wurde durch Tumult und Streiks empfindlich gestört. Die verantwortlichen Männer, der Landrat und die Bürgermeister, standen vor fast unlösbaren Aufgaben.

Wer hätte früher nicht Millionär sein wollen? 1923, als alle es geworden waren, hatte der Wunsch keinen Sinn mehr. Unmöglich aber ist, die Geldflut zu beschreiben, die sich in alle Kassen ergoß und wieder hinausfloß. Längst hatte sich der Leiter der Kreiskasse einen Waschkorb gekauft, um die Tageseinnahme darin zu bergen. Erst rechnete man mit Tausenden, dann mit Millionen und Milliarden, dann kamen Billionen.

Nur die Astronomen hatten vordem mit solchen Zahlen gerechnet. Jetzt mußte jede Gemüsefrau mit diesen Summen fertig werden, und eine Billion war immerhin eine Zahl mit 12 Nullen dahinter. Da begannen die Städte und Kreise selbst Geld zu drucken. Auch der Kreis Dinslaken brachte Notgeld heraus. Zeichenlehrer Kaufhold vom Gymnasium hatte es entworfen. Vorn war das Kreishaus in seiner ganzen Breite gezeichnet, flankiert von den Köpfen zweier prominenter Kreisausschuß-Mitglieder. Unterschrieben hatten der Kreisdeputierte Direktor Kalle und die Ausschußmitglieder Eske und Kirschall. Aber was die Städte und Kreise taten, konnten die großen Werke auch. Auf dem Walzwerk Dinslaken und bei den Zechen Lohberg und Wehofen erhielten die Arbeiter am Lohntag Gutscheine über Millionen und Milliarden, die Fritz und Julius Thyssen unterschrieben hatten und die als Geld in den heimischen Geschäften in Umlauf gesetzt wurden. Die meisten Betriebe zahlten täglich ihre Löhne. Und wer Geld in die Hand bekam, sah zu, daß er am gleichen Tag noch etwas dafür kaufen konnte. Am nächsten Tag hätte er für den Tageslohn vielleicht nur noch eine Postkarte frankieren können.

Es war also eine grausame und harte Zeit. Die Kassenleute quälten sich mit Milliarden und Billionen, bis der große Schnitt getan und am 7. November 1923 die Rentenmark das gültige Zahlungsmittel wurde. Jeder erhielt für eine Billion eine einzige Rentenmark und merkte oft dann erst wie arm er geworden war. Der Einlagenbestand der Stadtsparkasse in Dinslaken betrug an diesem Stichtag

3 Trillionen, 219 Billionen, 680 Milliarden Mark.

Diese Zahl sieht in Ziffern so aus:

3 219 680 000 000 000,—

Jeder mußte wieder von vorn anfangen, auch der Kreis Dinslaken. Die alten Geldscheine wurden eingestampft, und an den Zentralstellen erhielt man 1,75 Goldmark für den Zentner in die Hand gedrückt.

1923 druckten der Kreis und die Großindustrie ihr eigenes Geld, in Millionen- und Milliarden-scheinen, doch der Kreiskämmerer war nicht glücklich damit.



1909:

Begrenzte Lebensdauer

Der Kreis Dinslaken war das Produkt einer Entwicklung, die im Zuge wachsender Industrialisierung zu immer neuen Großstadtbildungen führte. Umgemeindungen, „Auskreisungen“, häufige Neuordnungen unterwarfen die kommunale Struktur des Ruhrgebietes und seiner Randzone immer neuen Kombinationen. Und als schließlich 1909 der Kreis Dinslaken entstand, hielt man dieses Gebilde für ein Provisorium von begrenzter Lebensdauer. Alle Anzeichen deuteten auf eine schnelle Auflösung hin. Hamborn erwartete den 100.000sten Einwohner, Sterkrade hatte mit 30.000 Einwohnern begründete Aussicht, bald die 40.000 Einwohner-Hürde zu überspringen, um dann kreisfrei zu werden. Landrat von Wülfing glaubte bei seinem Amtsantritt nicht, hier eine Lebensstellung gefunden zu haben. Jedenfalls wurde 1910 bereits von einer Auflösung des Kreises Dinslaken gesprochen. Der „Abbau“ begann 1911, als am 1. April die inzwischen zur größten Landbürgermeisterei Preußens herangewachsene Gemeinde Hamborn Stadtrechte erhielt und mit 120.000 Einwohnern aus dem Kreis Dinslaken ausschied. Dem Restkreis blieben noch 78.000 Einwohner.

Zu diesem Zeitpunkt sahen die Städte Sterkrade und Dinslaken die Chance gekommen, in die Fußstapfen Hamborns zu treten und dem Kreis den Rücken zu kehren. Die beiden Bürgermeister, Dr. Most, Sterkrade und Dr. Saelmanns, Dinslaken, waren sich einig, daß man jetzt die Entwicklung beschleunigen könne, indem man ihre städtischen Territorien etwas abrunde. Ein gemeinsamer Vorschlag ging dahin, Holten und einen Teil von Hiesfeld nach Sterkrade zu schlagen, Hiesfeld, einen Teil von Walsum, Eppinghoven und Möllen nach Dinslaken zu holen, Aldenrade an Hamborn zu geben und es „der Erwägung der Königlichen Staatsregierung zu überlassen“, Voerde und das Amt Gahlen dem Kreis Rees zuzuteilen.

Den Kommunalstrategen eröffneten sich mit diesen Projekten ungeahnte Perspektiven. So schrieb der Oberhausener General-Anzeiger am 7. Februar 1917:

„Es handelt sich um nichts Geringeres als die Konsolidierung des nordwestlichen Grenzgebietes des rheinisch-westfälischen Industriebezirks, die Vergrößerung der zu Großgemeinden heranwachsenden Zechenreviere an der Nordwestgrenze des Ruhrbeckens-Abbaus und die Anlegung einer dritten West-Ost-Parallele von Großstädten

nördlich der zweiten Parallele: Hamborn-Oberhausen-Gelsenkirchen-Wanne. Unter diesem Gesichtswinkel würde ein Groß-Dinslaken die dritte Parallele eröffnen. Anschließend käme Groß-Sterkrade und dann . . . ? Hier bricht die Reihe ab, um sich in einzelne lose Grubengemeinden abzurollen, deren Zukunft noch in der Schwebelage hängt.“

1917:



Der Weltkrieg hatte inzwischen seinen Höhepunkt erreicht. Und eine Stimme aus Holten ließ sich in der Hamborner Volkszeitung vom 2. Februar 1917 so vernehmen:

„Es ist bedauerlich, daß man in einer Zeit die Gemüter mit dieser Frage beunruhigt, wo alle Kräfte dem geliebten so bedrängten Vaterlande gehören, und wo viele – und nicht die schlechtesten – unserer Mitbürger draußen sind, um für König und Vaterland, für Heimat und Herd Blut und Leben einzusetzen. Sollen sie, wenn sie wiederkommen, ihre Heimat so zu ihrem Nachteil verändert finden? Darum ist das Mindeste, was die Bürgerschaft Holtens von der Regierung zu fordern hat: Zurückstellung bis nach dem Krieg!“

Die Pläne der beiden mit der Kreisfreiheit spekulierenden Bürgermeister schienen sich sehr gut im Sinne ihrer Absichten zu entwickeln. Am 22. Januar 1917 beschloß der Gemeinderat in Hiesfeld, die Selbständigkeit aufzugeben und sich mit der Stadt Dinslaken zu vereinigen. Der Südteil sollte an Sterkrade abgegeben werden. In der Stadtverordnetenversammlung am 12. Februar konnte Dr. Saelmanns schon mitteilen, daß sich Walsum dem Schritt der Hiesfelder anschließen und ebenfalls den Anschluß an Dinslaken wolle. Der Walsumer Gemeinderat habe am 1. Februar so beschlossen.

693. Der Herr Minister des Innern hat durch Erlaß vom 25. Mai d. Js die Stadt Sterkrade vom 1. Juli 1917 ab für ausgeschieden aus dem Verbands des Landkreises Dinslaken erklärt und bestimmt, daß sie von diesem Tage ab für sich einen eigenen Stadtkreis bildet.

Düsseldorf, den 13. Juni 1917. ID 3867.
Der Regierungs-Präsident.

Der Dinslakener General-Anzeiger schrieb begeistert:

„Wir rufen unseren zukünftigen Mitbürgern ein herzliches Willkommen zu und sind überzeugt, daß auch sie sich wohl fühlen bei uns, unter einer Verwaltung unter dem gemeinsamen Mantel der Stadt Dinslaken.“ Aber im Endspurt sah es dann wieder ganz anders aus. Lediglich der Sterkrader Bürgermeister erreichte die ersehnte 40.000-Einwohner-Marke und schied zusammen mit Holten als „Groß-Sterkrade“ aus dem Kreis Dinslaken aus. Hiesfeld wurde in den Schoß der Stadt Dinslaken aufgenommen, Walsum aber überlegte sich diesen Schritt noch einmal und behielt dann schließlich sein Schicksal als selbständige Gemeinde selbst in der Hand. Hamborn aber ging leer aus. Der Kreis Dinslaken erhielt bei dieser Gelegenheit Umfang und Gestalt, die bis heute fast unverändert geblieben sind.

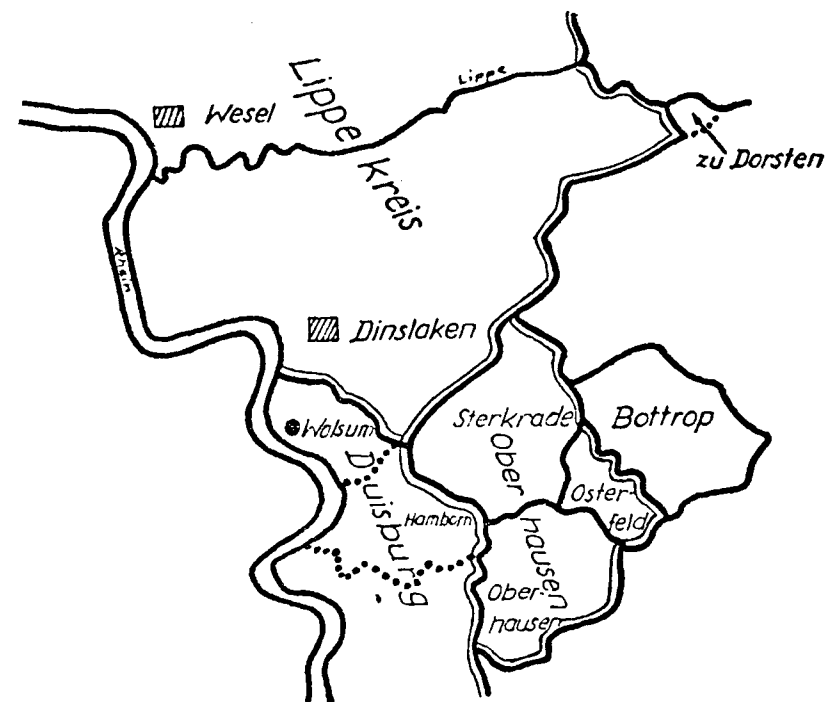
1927:

Kampf um Selbständigkeit

Ende 1927 wurde der Regierungspräsident in Düsseldorf vom Preußischen Innenminister beauftragt, die Vorarbeiten für eine kommunale Neugliederung des Regierungsbezirks Düsseldorf im Sinne einer großzügigen Verwaltungsreform sofort in Angriff zu nehmen und entsprechende Vorschläge zu machen. Diese Verwaltungsreform sollte beitragen „zur Befriedung des Bezirks, dessen Verwaltung und Bevölkerung in den letzten Jahren durch fortgesetzte Eingemeindungskämpfe stark beunruhigt wurden“. Es sollte, wie es in einer Denkschrift hieß, durch Zusammenlegung kleiner, nicht mehr voll leistungsfähiger Kom-

munalverbände zu großen leistungsstarken und durch Abrundung zur Zeit zu eng oder sonst unzweckmäßig begrenzter Verwaltungsbezirke ein Zustand erreicht werden, der für einige Jahrzehnte Ruhe schafft und eine gedeihliche, ungestörte Entwicklung zuläßt.

Weder der Innenminister noch der Regierungspräsident konnten ahnen, daß ihr Vorhaben einen solchen Sturm entfachen würde. Alle Städte, Gemeinden und Kreise gingen nach dem Grundsatz, daß der Angriff die beste Verteidigung ist, gleich zur kommunalpolitischen Attacke über, um evtl. Eingemeindungsgelüste der Nachbarn abzuwehren und selbst Forderungen zu stellen. Auch der Landkreis Dinslaken kam ins Gedränge. Vorschlag des Regierungspräsidenten war, den Kreis Dinslaken aufzuteilen. Dabei sollte Hamborn wesentliche Teile von Walsum erhalten, und der Rest des Kreises sollte mit dem Kreis Rees zu einem „Lippekreis“ mit dem Sitz in Wesel zusammengeschlossen werden. Im Süden des Kreises sollte die „Ruhrmündungsstadt“ gebildet werden mit Duisburg und Hamborn, vergrößert bis Huckingen und Angermund



So war die Neugliederung vorgesehen nach dem Erlaß des Innenministers vom 1. Nov. 1928.

im Süden und erweitert im Westen um Homberg und Rheinhausen auf dem linken Rheinufer. Ein weiteres Stadtgebilde, die „GHH-Stadt“, sollte sich um die Gutehoffnungs-Hütte ausbreiten mit Oberhausen, Sterkrade und Osterfeld.

Dieser großzügige Plan weckte eine Welle von weiteren Eingemeindungswünschen der Städte. Dinslaken wünschte einen Zugang zum Rhein, stellte Ansprüche auf Eppinghoven und erwartete bei der großen Aufteilung entsprechende Gebiete von Walsum und Voerde. Die Stadt Wesel sah ihre Stunde gekommen, um einen möglichst großen Teil des Amtes Voerde mit Spellen und Friedrichsfeld einzuheimsen. Hinzu kamen noch Wünsche von Dorsten, das zur „Abrundung“ seines Stadtgebietes die Gemeinde Gahlen vereinnahmen wollte. Die Situation für den Kreis Dinslaken war alles andere als rosig, zumal sich dem Vorschlag des Regierungspräsidenten auch der Präsident des Ruhrsiedlungsverbandes und die Industrie- und Handelskammer Duisburg-Wesel anschlossen.

Dieser Front gegenüber waren sich die Gemeinden des Kreises einig. In allen Gemeindevertretungen wurden Entschließungen angenommen:

Walsum:

„Die Amtsvertretung Walsum fordert die Erhaltung der Selbständigkeit und des Eigenlebens der Gemeinde in dem bisherigen Besitzstande und Umfang innerhalb eines selbständigen Kreisverbandes Dinslaken.“

Voerde:

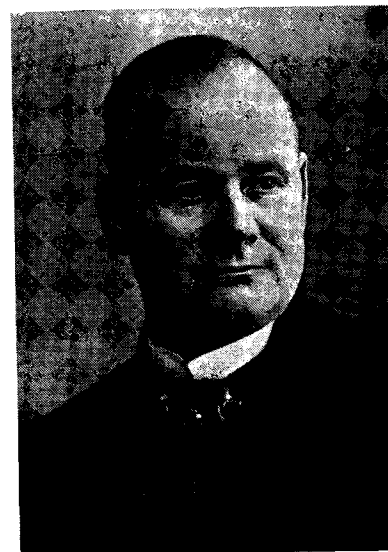
Die Amtsvertretung bittet den Landrat, „allen etwaigen Angriffen auf den Gebietsstand des Amtes Voerde mit allen verfügbaren Mitteln zu begegnen“. Allen Lösungen sei „die selbständige Erhaltung des Kreises Dinslaken in seiner heutigen Form mit seiner besonderen wirtschaftlichen Struktur der Verbindung von Großindustrie, Gewerbe und Landwirtschaft unbedingt vorzuziehen!“

Amt Gahlen:

„Versammlung bringt zum Ausdruck, daß die Bürgermeisterei in erster Linie das Bestehenbleiben des wirtschaftlich und finanziell gesunden Kreises Dinslaken wünscht. Jedenfalls hält Versammlung es für durchaus unerwünscht, wenn einzelne Teile des Kreises Dinslaken mit dem Kreis Rees vereinigt werden sollten.“

Die Stadt Dinslaken

spielte immer noch mit der Möglichkeit, durch Einbeziehung von Teilen der Gemeinde Voerde, Bruckhausen und Walsum kreisfreie Mittelstadt zu werden. Sollte diese Lösung nicht möglich sein, erwartete die Stadtverordnetenversammlung, „daß der Sitz der Kreisverwaltung der Stadt Dinslaken als dem Schwerpunkt der industriellen Entwicklung des neuen Lippekreises erhalten bleibt.“



Landrat Schluchtmann

Schluchtmanns Großstadt

Ein entschiedener Verfechter der ungeschmälernten Selbständigkeit des Kreises Dinslaken war der Landrat Schluchtmann, der alle spekulativen Sonderwünsche und Pläne der Gemeinden durch seine klare Haltung und die Ablehnung des Regierungsentwurfs in den Schatten stellte. Der Widerstand des Landrats Schluchtmann gegen alle Auflösungs- und Eingemeindungsbestrebungen versteifte sich, je kompakter die Forderungen der Nachbarn wurden. Eine umfangreiche Denkschrift erschien im Druck und ging an alle Stellen und Personen, die sich mit diesem Problem befaßten. Das Innenministerium und die Regierung, der Ruhrsiedlungsverband und die Industrie- und Handelskammer wurden mit

Der Landrat, der eine Stadt bauen will.

Etwas von Dinslaken, Hamborn und der Ruhrmündungsstadt.

Landrat mit Großstadtprojekt.

Dinslakens Ehrgeiz: die gesunde Industrie- und Großstadt zwischen Emfächer und Lippe.

Schlagzeilen aus Duisburger Zeitungen vom 1. 9. 1928.

Argumenten bombardiert. Selbst ein Erlaß des Innenministers, dem eine Karte mit den neuen Kreisgrenzen beigegeben war und auf der man den Kreis Dinslaken bereits aufgeteilt hatte, konnte den Landrat in seiner Haltung nicht erschüttern. Er lud die Presse der Nachbarstädte ein, und in dicken Schlagzeilen wurde in langen Spalten von dem „Landrat mit Großstadtprojekt“ berichtet. Am 22. November 1928 faßte der Kreistag eine EntschlieÙung, die in ihrer Formulierung und Schlußfolgerung sehr überzeugend und weitschauend war.

Ein Kernsatz lautete:

Der Kreis Dinslaken bildet anerkanntermaßen ein in sich geschlossenes einheitliches Wirtschafts- und Verwaltungsgebiet mit den besten, auf seiner geographischen Lage, seinen reichen Bodenschätzen und seinen günstigen Verkehrsadern und Verbindungen beruhenden Möglichkeiten der organisierten Fortentwicklung zu einem in städtebaulicher, kultureller und wirtschaftlicher Hinsicht vorbildlichem Großstadtgebilde, als dessen Kern und Mittelpunkt die heutige Stadt Dinslaken anzusprechen ist.

Und am Schluß hieß es:

„Zusammenfassend fordert deshalb der Kreistag die in den eigenartigen und auch vom Herrn Regierungs-Präsidenten bei mehrfachen Gelegenheiten anerkannten und betonten besonderen Verhältnissen des Kreisgebietes begründet liegende, bis auf geringfügige Grenzberichtigungen im Süden und im Nordosten ungeschmälerte Erhaltung des Kreises Dinslaken als unantastbares Interessengebiet für ein künftiges Großstadtgebilde Dinslaken.“

Diese entschiedene und klare Stellungnahme hatte einen ebenso überraschend eindeutigen Erfolg. Der Kreis Dinslaken ging fast ungeschoren aus dieser Um- und Eingemeindungskampagne hervor. Lediglich der Nord-Ost-Zipfel der Gemeinde Gahlen, der Ortsteil Hardt, wurde zu Dorsten geschlagen. Hamborn wurde nach Duisburg eingemeindet, und auch Sterkrade verlor mit Osterfeld seine Selbständigkeit. Es wurde ein Stadtteil von Groß-Oberhausen.



1929:

Bergab

Kaum waren die Auflösungsbestrebungen der Regierung und die Eingemeindungsgelüste der Nachbarn abgewehrt, wurde das wirtschaftliche Gefüge des Kreises erheblich erschüttert. Die allgemeine Gesundung von Industrie und Handel, die nach der Inflation und der Stabilisierung der deutschen Mark einsetzte, wurde jäh unterbrochen von einer Weltwirtschaftskrise, die in den letzten Monaten des Jahres 1929 begann und besonders die Ruhrwirtschaft erfaßte. Die Produktion ging auf einen Tiefstand herunter, der nur von dem des Jahres 1923 unterboten wurde. Am tiefsten Punkt angelangt, im Jahre 1932, waren nach Ermittlung der Gewerbeaufsichtsämter im Bezirk der Industrie- und Handelskammer Duisburg-Wesel nur 170.000 Menschen beschäftigt, gegenüber 314.000 im Jahre 1929. Von den Einwohnern der Stadt Dinslaken und der Gemeinde Walsum lebte im Jahre 1932 rund die Hälfte von öffentlicher Unterstützung. Diese Krise mußte den Kreis Dinslaken um so schwerer treffen, als er bis dahin nur über höchst konjunkturelle

empfindliche Industrien verfügte. So sank die Belegschaftszahl des Dinslakener Bandeisenwalzwerkes von 2.105 im Jahre 1930 auf 1.185 im Jahre 1932. Fast die Hälfte der Belegschaft war entlassen worden. Auf den Zechen Lohberg und Wehofen sah es ähnlich aus.

Die öffentlichen Finanzen wurden in einem unvorstellbaren Ausmaß für die Fürsorge in Anspruch genommen. Die Kreisverwaltung mußte immer neue Anleihen aufnehmen und RWE-Aktien verpfänden, um wenigstens laufend die Arbeitslosenunterstützung zahlen zu können. Das Arbeitsamt an der Hauptstraße war ständig von Erwerbslosen umlagert.

Der Haushaltsplan des Kreises Dinslaken sah für das Jahr 1932 Ausgaben in Höhe von 4,2 Millionen vor und erwartete Einnahmen in Höhe von 2,6 Millionen, rechnete also mit einem Fehlbetrag von 1,6 Millionen. Da waren selbst die erfahrenen Finanzstrategen ratlos.

Mit sogenannten Notstandsarbeiten versuchten der Kreis und die Gemeinden zu helfen, um so die aufgewandten Fürsorgeleistungen wenigstens zum Teil in produktive Arbeitsleistungen umzusetzen. Arbeitslose wurden bei der Regulierung des Rotbaches, bei Meliorationsarbeiten in der Schwarzen Heide und in Friedrichsfeld eingesetzt.

Außerdem überstürzten sich die politischen Ereignisse. Die wachsende wirtschaftliche Unsicherheit trieb die Menschen in die extremen politischen Parteien. Durch die Neustraße in Dinslaken, auf der Provinzialstraße in Walsum und auf dem Markt in Wehofen zogen die Demonstrationzüge, die einen mit Schalmeien, die anderen bliesen die Fanfaren. Alle forderten Arbeit und Brot und versprachen eine goldene Zukunft.

Bei der Reichstagswahl am 6. November 1932 erhielt die NSDAP im Kreise Dinslaken 10.278 Stimmen, vor der zweitstärksten Partei, der KPD, mit 8.218 Stimmen. Die Weimarer Republik stand vor ihrem Ende. Dem letzten demokratischen Kreistag gehörten damals an: Kirschall, Dinslaken – Gessmann, Walsum – Boogen, Dinslaken – Roßmüller, Walsum – Steeger, Spellen – Wiesen, Dinslaken – Slut, Dinslaken – Richter, Walsum – Wiemhoff, Dinslaken – Erdmannsdorfer, Friedrichsfeld – Lukrawka, Dinslaken – Frommknecht, Walsum – Ammer, Dinslaken – Loch, Wehofen – Radis, Friedrichsfeld – Sempell, Dinslaken – Dr. Hoffmann, Dinslaken – Heilmann, Dinslaken – Berger, Hünxe – Kampmann, Voerde – Kalle, Dinslaken – Buchmann, Voerde – Kathmann, Dinslaken – Pannenbecker, Gahlen und Krüsken, Löhnen.

1933:

Die „Machtübernahme“

Dann kam der Umschwung. Die Fanfaren hatten über die Schalmeien gesiegt. Es begann ein neues Reich, das man das Dritte nannte. Der „Führer“ übernahm am 30. Januar 1933 die Macht. Durch die Gemeinden des Kreises zogen Fackelzüge. Die Gegner saßen hinter Schloß

N. S. D. A. P.
Kreis Dinslaken

Düsseldorf, den 11. April 1933.

Regierung
11 APR. 1933
Düsseldorf

An

den Herrn Regierungspräsidenten,
Düsseldorf.

2629/33

Auf Veranlassung des Gauleiters Herr ^{III} Terboven, Essen und unter Bezugnahme auf unsere telefonische Unterredung bitte ich Sie zur Einleitung der Bereinigung der Verhältnisse bei der Kreisverwaltung in Dinslaken folgende Regelung veranlassen zu wollen:

Der mit der Vertretung des Landrats beauftragte Beamte beruft den neugewählten Kreistag zum kürzesten Termin mit dem einzigen Punkt der Tagesordnung: Wahl der Kreisdeputierten. Die kommissarische Leitung der Eröffnungssitzung übernimmt der zuständige Kreisleiter der N.S.D.A.P., Herr Indefrey. Zum ersten Kreisdeputierten schlägt die N.S.D.A.P. den Kreistagsabgeordneten Wilhelm vom Bögell, Walsum, vor. Dieser führt die Geschäfte des Landrats bis von Berlin aus die endgültige Ernennung des vom Gauleiter der N.S.D.A.P. vorgeschlagenen Landrats erfolgt.


Kreisleiter der N.S.D.A.P.

Die „Machtübernahme“ im Kreishaus.

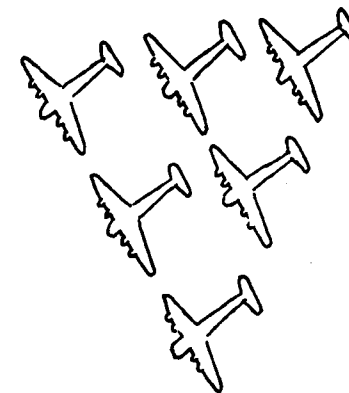
und Riegel. Es wurden neue Kreistags- und Gemeinderatswahlen ausgeschrieben. Sie standen ganz im Zeichen des Hakenkreuzes. Das Ergebnis für den Kreis Dinslaken: NSDAP 11.927, SPD 2.636, KPD 3.682, Zentrum 6.316, Kampffront Schwarz-weiß-rot 2.798, Arbeitereinheitsfront 70, Haus- und Grundbesitzer 617, Siedlerliste 99, Liste Lohberg und Außenbezirke 475 Stimmen. Damit erhielt die NSDAP 10 Sitze im neuen Kreistag. Als das Wahlergebnis vorlag, fühlte sich die NSDAP zur endgültigen „Machtübernahme“ legitimiert. Landrat Dr. Klein war zu dieser Zeit noch im Amt. Die auf den 7. April angesetzte Kreistags-sitzung mußte aber verschoben werden, da der Landrat inzwischen auf Drängen der NSDAP „beurlaubt“ worden war.

Inzwischen war in Berlin das Ermächtigungsgesetz verabschiedet worden, das die Weimarer Verfassung außer Kraft setzte und alle Macht dem Reichskanzler Adolf Hitler übertrug. Auch in den Kreisen und Gemeinden wurde dadurch den neuen Machthabern der Rücken gestärkt.

Die erste Sitzung des neuen Kreistages fand am 20. April statt. Der neue Landrat von Werder versprach, „die Amtsgeschäfte im Sinne des großen Führers national und sozialistisch zu führen“. Die „Gleichschaltung“ wurde bis in die kleinste Gruppe fortgesetzt. Jeder Fußballklub und Taubenzüchterverein mußte sich einen „Parteigenossen“ zum Vorsitzenden wählen. Von nun an ersetzte das „Führerprinzip“ die demokratischen Gepflogenheiten. Der „Hoheitsträger“ und Repräsentant der Partei, der Kreisleiter, war oberste Instanz geworden und berechtigt, in die Befugnisse des Landrats und des Kreistags einzugreifen. Der Gauleiter war mächtiger als der Regierungspräsident, der Uniformträger einflußreicher als der Zivilist. Aus dem Dinslakener Kreishaus wurden Beamte und Angestellte, die Mitglieder „linksergerichteter“ Parteien waren, entlassen und durch „Alte Kämpfer“ ersetzt. Ähnlich war es bei den anderen Behörden. Die Schulen und die Straßen wurden umbenannt, die Bibliotheken „gesäubert“. Es gab „Großkundgebungen“ und Aufmärsche, einen neuen Gruß und neue Fahnen, viele Fahnen. Auch Dinslaken hatte seine „Kristallnacht“. Man vertrieb die Juden aus ihren Geschäften und Wohnungen und prangerte die Einwohner an, die beim Juden kauften. Man schikanierte die Kirchen beider Bekenntnisse, kontrollierte die Predigten und Prozessionen, löste kirchliche Vereine auf und beschlagnahmte Heime und Bibliotheken. Zwischendurch wurde marschiert, getrommelt und gesungen. Auch im Kreistag wurde gesungen, wenn es besonders feierlich zugehen sollte. Dann gab es plötzlich wieder Soldaten. Und dann kam das, was kommen mußte, . . . der Krieg.

1939:

Weltkrieg Nr. 2



Der 2. Weltkrieg brachte der Verwaltung ähnliche Probleme und Sorgen, wie sie schon aus dem 1. Krieg bekannt waren. Dann aber wurde der Krieg auch in der Heimat unerträglich. Die Lebensmittel wurden knapper. Es kamen die ersten Luftangriffe. Fast in jeder Nacht wurde Alarm gegeben. Die Menschen hetzten aus den Betten in den Keller. Dann fielen die ersten Bomben, in Walsum, in Lohberg. Es gab die ersten Toten in der Zivilbevölkerung. Die große Wende trat ein, als nach der Invasion an der Atlantik-Küste in Frankreich der Rückzug der deutschen Truppen begann und die Front im Jahre 1944 die deutsche Westgrenze überschritt. Und im Februar 1945 näherten sich die Engländer, Kanadier und Amerikaner dem Niederrhein und damit dem Kreis Dinslaken.

Der 23. März 1945 wurde der Tag der großen Katastrophe. Die Amerikaner überschritten den Rhein. Bomben und Granaten verwandelten die Kreisstadt Dinslaken in eine brennende Schutthalde. Der Kreis wurde Schauplatz harter Kämpfe.

Über den Deutschen Rundfunk, soweit er noch intakt war, ging an diesem Abend der dringendste Appell an das Deutsche Volk, angesichts des Durchbruchs der Alliierten tapfer zu bleiben. Der Sprecher wies darauf hin, daß in der Schlacht am Rhein „alles auf dem Spiel steht“. Amerikanische Zeitungen nannten die Operation „Plunder“ die „letzte große Schlacht des europäischen Krieges“. Sie besiegelte nicht nur das Schicksal des Ruhrgebietes, sondern machte gleichzeitig den Weg frei, der nach Berlin führte.

1945:

Neuer Lebenswille

Überall im Kreise Dinslaken hatte der Krieg seine grausamen Spuren hinterlassen. Die Kreisstadt war eine rauchende Trümmerlandschaft. 930 Menschen kamen bei den Bombenangriffen ums Leben, 803 fielen bei den Rückzugsgefechten. Ganze Familien waren vernichtet worden. Hunderte lagen noch unter den Trümmern. Die Krankenhäuser waren überfüllt.

Auch das Kreishaus war unter dem Hagel der Bomben zerschlagen worden, und die zerfetzten Mauern hatten den Verwaltungsdirektor und 12 Beamte und Angestellte unter sich begraben. Landrat von Werder lag tot unter den Trümmern seines Hauses. In der Stadt und den übrigen Gemeinden des Kreises aber ging die Not um. Es fehlte an allem, an Nahrung und Medikamenten, an Wohnraum, an Wasser und Licht, an Kohle und Kleidung. Studienrat Dr. Josef Zorn wurde zum Landrat ernannt, und Ewald Axer erhielt die Funktion eines Kreisverwaltungsdirektors. Beide waren nicht zu beneiden. Unterdessen war man allenthalben schon aus eigener Initiative daran gegangen, die Hauptstraßen wieder freizulegen, Verletzte und Tote aus den Trümmern zu bergen, Verkaufsstellen einzurichten, Lebensmittel und Baumaterial herbeizuschaffen. Im Laufe der folgenden Wochen wurde die Arbeit der Kreisverwaltung in fast sämtlichen Abteilungen wieder aufgenommen. Die Improvisation feierte Triumphe. Man wußte sich mit nichts einzurichten und trotzdem gute Verwaltungsarbeit zu leisten.

Mit Verfügung vom 19. Juni 1945 empfahl der Regierungspräsident den Landräten, zur Unterstützung ihrer Verwaltung, Personen aus der Bürgerschaft zu berufen, die das Vertrauen der Bevölkerung besaßen, deren politische Gesinnung und Vergangenheit einwandfrei, und die bereit waren, „in voller Loyalität zu den alliierten Besatzungsstellen“ ihren Aufgaben gerecht werden. Unter dem Vorsitz des Landrats Dr. Zorn trat am 22. August 1945 im Sitzungssaal des Amtsgerichts dieser beratende Ausschuß, der sich Kreisvertrauensausschuß nannte, zusammen. Bei dieser Gelegenheit hörte man erschütternde Zahlen von dem Ausmaß der Kriegszerstörungen im Kreise: Von den 9.500 Gebäuden im Kreise wurden 1.173 vollkommen zerstört, beschädigt wurden 6.675, unbeschädigt blieben nur 1.653, das sind etwa 17%. In der Stadtmitte von Dinslaken waren etwa 80% der Häuser zerstört. Aber auch die Landgemeinden waren nicht verschont geblieben. Das gilt vor



Weihnachtsbrief

des Kreises Dinslaken für seine Kriegsgefangenen

Wir denken an Euch!

Seitdem die Waffen ruhen, feiern wir nun zum dritten Male das Fest des Friedens und der Liebe, das Weihnachtsfest. Und wieder zwingt ein hartes Schicksal Euch, dieses Fest, das nur im Schoße der Familie seinen rechten Glanz erhält, fern der Heimat zu erleben. Ich weiß um Eure Gefühle in diesen Tagen, um die Sehnsucht und Schmerz, der Eure Herzen in jedem Jahre neu beunruhigt.

Die stille Nacht

Und fällt ein Schnee ins winterweite Feld,
so haltet ein in eurer Tageseile
und wisset, daß nur ...

allem von den Dörfern in der Nähe des Rheins. In der Gemeinde Mehrum beispielsweise war nach dem Angriff der Amerikaner kein einziges Haus ohne Schäden. Ähnlich sah es in Spellen, Friedrichsfeld, Löhnen und Walsum-Dorf aus. Von den 18.000 Wohnungen waren nur knapp 4.000 unbeschädigt geblieben, rund 5.000 waren unbewohnbar geworden.

Am 9. Januar 1946 wurde von der Militärregierung der erste Kreistag ernannt, dessen Mitglieder von den Parteien und Organisationen zwar vorgeschlagen, aber von dem englischen Kommandanten bestimmt wurden. Die Zusammensetzung war darum auch etwas seltsam. Die Mitglieder dieses Gremiums gehörten folgenden Parteien an: 8 SPD, 10 KPD, 5 CDU, 9 Zentrum, und 14 waren „parteilos“.

Am 1. April 1946 trat an die Stelle der Deutschen Gemeindeordnung vom 30. Januar 1935 eine von der Militärregierung abgeänderte Gemeindeordnung in Kraft, die heute im Wesentlichen noch gültig ist und sich an das in England seit langem wirksame Gemeinderecht anlehnt. Danach trat neben den Landrat als dem Vorsitzenden des Kreistages und dem Repräsentanten des Kreises der Oberkreisdirektor als Chef der Verwaltung. Später übernahm der Oberkreisdirektor außerdem die Funktionen des Kreispolizeichefs. Im Zug dieser Neuordnung wurde im März 1946 der Parteisekretär Eberhard Brünen aus Duisburg von der Militärregierung zum Landrat des Kreises Dinslaken bestellt. Der bisherige Verwaltungsdirektor Ewald Axer wurde zum Oberkreisdirektor ernannt.

1946:

Freie Wahl

Am 13. Oktober 1946 fand zum ersten Mal nach 13 Jahren wieder eine freie Wahl statt. Die Bevölkerung des Kreises wählte die Abgeordneten des Kreistages. Die Wahl hatte folgendes Ergebnis: CDU 38.842 Stimmen (20 Sitze), SPD 28.820 Stimmen (16 Sitze), Ztr. 8.973 Stimmen (2 Sitze), KPD 8.868 Stimmen (1 Sitz), FDP 3.153 Stimmen (—). Diesem ersten gewählten Kreistag gehörten folgende Personen an: Von der CDU: Joh. Breuker, Peter Becker, Erna Lehr, Heinrich Susen, Erich Möhle, Friedrich Steinmann, Arnold Verhoeven, Heinrich Schweers, Franz Stehr, Leo Winkel, Heinr. Hesselmann, Heinrich Dehnen, Heinrich Storm, Heinrich Heßling, Theo Schmitz, Anton Krüßmann, Willi Wagner, Bernhard Remberg, Gottlieb Gerpheide, Adolf Stender. Von der SPD: Alfred Püschel, August Roslan, Otto Brinkmann, Richard Drescher, Eberhard Brünen, Albert Brodalla, Walter Heuwing, Josef Schmitz, Wilhelm Mattheis, Johann Schauer, Heinrich Sander, Emilie Hofer, Johanna Brecht, Karl Ruhl, Johann Faltinski und Johann Listl. Vom Zentrum: Ernst Törkel und Karl Lomb. Von der KPD: Wilhelm Ammer. In der ersten Sitzung dieser vom Vertrauen der Bevölkerung des Kreises getragenen Vertretung wurde Arnold Verhoeven zum Landrat gewählt.

Amliches
Mittellungsblatt für
den Kreis Dinslaken

Kreisanzeiger

Herausgegeben
mit Genehmigung
der Militärregierung

4. Jahrgang

Dinslaken, den 22. November 1949

Nummer 32

Ergänzung zum Aufruf für November

Fett. Die Butterversorgungslage läßt leider eine weitere Buttermittlung an Normalverbraucher über 6 Jahre nicht zu. Die Buttermittlung dieser Verbraucher für November 1949 bleibt daher auf die bereits aufgerufenen 125 g (Abschnitt „Butter 1“ der Karte 11) beschränkt.

Zum Ausgleich ist der Abschnitt „Butter 2“ der Karte 11 mit 100 g Schmalz (oder nach Wahl des Verbrauchers mit anderen Handelsfetten — 125 g Margarine bzw. 100 g Speiseöl oder Plattenfett) zu beliefern.

Das „Kalorien-Journal“: Der „Kreisanzeiger“.

Die letzte Nummer des Kreisanzeigers

Am 13. April 1946 erschien die erste Nummer des Kreisanzeigers, zu einer Zeit also als die Kriegsfolgeämter, vor allem das Ernährungsamt allwöchentlich eine solche Fülle von Aufrufen und Mitteilungen veröffentlichten, daß sich die Kreisverwaltung genötigt sah, ein eigenes amtliches Mitteilungsblatt herauszugeben. Der Kreisanzeiger war ein Erfordernis der Notzeit, und damit war auch seine Erscheinungsdauer begrenzt

Sorgen

Sorge Nr. 1 war die Ernährung der Bevölkerung. Mehr noch als während des Krieges regierte die Lebensmittelkarte mit einer ganzen Serie von Abstufungen. Es wurde der Begriff des „Normalverbrauchers“ geprägt, und das war der ärmste aller Zeitgenossen. Bereits Ende 1945 kam die erste Welle von rund 3.000 Vertriebenen aus dem Osten. Wie ein dunkler Schatten ging in diesen Jahren das Gespenst der Demontage um. Der Abriß des Bandeisenwalzwerkes war nicht mehr zu verhindern. Zu Weihnachten 1947 waren immer noch 1.564 Männer aus dem Kreis Dinslaken in Gefangenschaft. Die Entnazifizierungsausschüsse versuchten Schuldige von Unschuldigen und Mitläufern auszuheben. Das Geld war wertlos, dafür wurde mit Kalorien gerechnet, und der Schwarze Markt blühte.

„Für ehrliche Arbeit wieder ehrliches Geld“ lautete die über alle fünf Spalten laufende Schlagzeile einer Tageszeitung am 19. Juni 1948. Die Reichsmark hatte ausgedient. Das neue Geld hieß „Deutsche Mark“. Die Währungsreform gab zwar den Weg frei zu planvoller Aufbauarbeit, doch war die Finanzlage des Kreises und seiner Gemeinden in den folgenden Jahren außerordentlich angespannt. Selbst der Landtag empfahl, „den ungeheuren Notständen des Kreises Dinslaken stärkstens Rechnung zu tragen“. Aber mit dieser Resolution konnte man keinen Trümmerberg von 277.000 Kubikmeter wegräumen. Der Wiederaufbau im Kreis Dinslaken war kein Wunder sondern eine ungeheure Leistung.

Die besondere Sorge aller war, Wege zu finden, um dem Kreis Dinslaken eine neue stabile und krisenfeste Wirtschaftsgrundlage zu schaffen. Neue Firmen in allen Gemeinden des Kreises und die Industriezone am Lippe-Seiten-Kanal, zusammen mit Bahn und Hafen, haben die besten Voraussetzungen für die Zukunft geschaffen.

1947:

Es unterliegt keinem Zweifel . . .

Auch nach dem letzten verlorenen Krieg wurde aufs neue die Frage erörtert, ob bei den damaligen Notständen, von denen der Kreis Dins-

laken besonders hart getroffen wurde, eine Auflösung des Landkreises Dinslaken gerechtfertigt sei. Diese Frage wurde bei der Landes-Regierung sehr eingehend und gründlich geprüft. Die Entscheidung war eindeutig und programmatisch zugleich. 1947 wurde in diesem Erlaß folgendes festgestellt:

„Es unterliegt keinem Zweifel, daß gerade dieser Kreis im Hinblick auf die generell festzustellende Verlagerung des Kohlebergbaus nach Norden bereits heute als eines der vielversprechendsten Gebiete des rheinisch-westfälischen Industriebezirks gewertet werden muß. Schon die bisherige industrielle Entwicklung des Kreises, die trotz der erheblichen Demontagen durch die Initiative fortschrittlicher Kräfte weitergeführt werden konnte, veranschaulicht die vorteilhaften wirtschaftlichen Bedingungen, die sich durch die Intensivierung des Bergbaus in diesem Gebiet in naher Zukunft noch wesentlich günstiger gestalten dürften.“

Eine objektive Beobachtung der wirtschaftlichen und bevölkerungsmäßigen Veränderung führt zu der Erkenntnis, daß der Kreis Dinslaken dem Status einer aufgelockerten Industriegroßstadt zustrebt. Diese natürliche Entwicklung sollte nicht durch unorganische Eingriffe gehemmt werden, die dem Willen der Bevölkerung und den wirtschaftlichen Interessen der Allgemeinheit durchaus entgegenstehen.

Diese Entscheidung bestätigte nur das, was zur Zeit des Landrats Schluchtmann im Jahre 1928 in einer besonderen Entschliebung des Kreistages nachdrücklich proklamiert wurde.

In den folgenden Jahren wurde der Schluchtmann-Plan noch häufiger aus der Schublade geholt. Schluchtmann wurde zitiert und beschworen, wenn es um den Bestand des Kreises ging. Schluchtmann bedeutete für viele eine kommunal-politische Weltanschauung, die es auf Biegen und Brechen zu verteidigen galt. Der Plan war bestechend und einleuchtend. Die Gemeinden aber paßten, wenn ihre eigene Selbständigkeit auf dem Spiel stand. So begann jetzt in der Kreisgeschichte die Zeit der verpaßten Gelegenheiten. Die letzte Schluchtmann-Beschwörung fand im Mai 1965 statt, als die Verwaltungsneuordnung schon als Fata-Morgana am Horizont stand.



1965:

„Einheitlicher Wirtschaftsraum“

Im Mai 1965 faßten die Mitglieder des Dinslakener Kreistags, sowie die Räte der kreisangehörigen Städte Dinslaken und Walsum und der Gemeinden Voerde, Hünxe, Gahlen und Gartrop-Bühl einstimmig folgende Entschliebung:

„Im Zusammenhang mit Plänen der Verwaltungs-Neuordnung des Ruhrgebietes und seiner Randzonen ist auch die Frage der Erhaltung der Einheit des Landkreises Dinslaken erörtert worden. Im Zuge der für diese Neuordnung erstellten verschiedenen Überlegungen haben der Kreistag und der Rat der Gemeinde Voerde bereits mehrfach die Notwendigkeit der Erhaltung betont und den zuständigen Stellen entsprechende Beschlüsse übermittelt.

Die heute anwesenden Mitglieder aller Vertretungskörperschaften des Landkreises Dinslaken bekunden in voller Übereinstimmung, daß die Einheit des Landkreises Dinslaken aus den in dieser Schrift ausführlich dargelegten Gründen unbedingt erhalten bleiben muß.

Die gesunden Voraussetzungen der wirtschaftlichen Entwicklung, der Wohn- und Erholungsgebiete müssen erhalten werden.

Die Planungen sollten auf 200.000 Einwohner im Jahre 2000 abgestellt werden.

Mit den benachbarten Kreisen und Städten werden im Rahmen der Bezirksplanung gemeinsam befriedigende Lösungen zu erarbeiten sein.“